

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernspr.: Hanfa 2447—51

Nr. 2

Hamburg, den 10. Januar 1919.

4. Jahrg.

Inhalt

Grundsätzliche Gesichtspunkte zum österreichischen Problem.....	Seite 25	Frankreich.....	Seite 36
Die wilden Streiks.....	27	Niederländisch-Indien.....	37
Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover über die Weltversorgung.....	28	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Spanien in Marokko und die Entente.....	31	Geld und Kapital.....	39
Länder-Berichte:		Schifffahrt und Schiffbau.....	42
Deutschland.....	33	Rohstoffe und Warenmärkte.....	43
Belgien.....	35	Vermischtes.....	44
		Wichtige Neueingänge.....	44

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet.)

Grundsätzliche Gesichtspunkte zum österreichischen Problem

Die Gleichzeitigkeit, die Gleichartigkeit des äußeren Verlaufs und die scheinbare Identität der handelnden Personen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Revolutionen in Deutschland und in Österreich dem Wesen und politischen Sinne nach verschieden sind. Im deutschen Reiche handelte es sich um eine Änderung der Herrschaftsform; die politisch führende Gesellschaftsschicht wurde ihrer politischen Macht entkleidet, und bisher bevormundete Schichten usurpierten die Macht im Staate. Diese neuen Machtfaktoren sind zugleich Träger eines neuen — im ganzen gesehen — antikapitalistischen Wirtschaftsprogramms, das sie je nach Lage der konkreten Verhältnisse durchführen wollen. Den politischen Körper des Reiches selbst und damit die konkreten Bedingungen der nationalen Wirtschaftseinheit aufzulösen, lag zumindest nicht in den Intentionen des Umsturzes, das Deutsche Reich als politische Organisation wie als solidarische Wirtschaftseinheit nach außen und innen sollte von der umstürzenden Verfassungsänderung unberührt bleiben. Im wesentlichen ist also die deutsche Revolution die Bewegung einer radikalen und sozialistischen Demokratie.

Anders in Österreich. Die österreichische Revolution ist vor allem nationalistisch, d. h. ihr Wesen liegt darin, daß sie einen bestehenden Einheitsstaat in seine nationalen Teile zerschlägt und neue, unabhängige Staaten bildet, und nur insofern als der Nationalismus ein Element der modernen Demokratie bildet, ist sie auch demokratisch. Daß dort und hier die Republik proklamiert wurde, ist eigentlich nebensächlich und nur von symbolischer Bedeutung, blieb auch tatsächlich ohne jeden tieferen Eindruck: die Republik als Postulat scheint eben zum stehenden Inventar einer radikal-demokratischen Bewegung zu gehören.

Das „Selbstbestimmungsrecht“ hat also hier und drüben einen anderen Sinn und eine andere Anwendung. Bedeutet es hier, daß das sich selbst befreiende Volk die Leitung seines politischen Geschicks selbst in die Hand nimmt, so heißt es drüben, daß die einzelnen Nationen aufhören, Glieder eines übernationalen Staates zu sein und fortan jede ihr eigenes Staatswesen errichten. Die Loslösungsbestrebungen vom Deutschen Reiche, die neuerdings an einzelnen Stellen einsetzen und höchst gefährliche Krankheitserscheinungen und Entartungen der deutschen Revolution sind, bilden drüben in Österreich das eigentlich Charakteristische und Wesentliche der Revolution.

Welche Verfassung sich die einzelnen neuen Staaten geben werden, wie sie die politische Macht im Staate verteilen, welche Wirtschaftsprinzipien sie annehmen werden, das alles steht von vornherein noch gar nicht fest und wird erst später in Erscheinung treten; es kann auch nicht durch Analogie erschlossen werden, denn die Träger der nationalistischen Unabhängigkeitsbewegung sind — auch wenn sie im Soldatenrock handelnd auftreten — andere Schichten als die, welche Träger der deutschen Revolution waren. In Deutschland stützte sich die Revolution im wesentlichen auf die proletarischen Schichten: Arbeiter und Soldaten; in Österreich traten neben diesen als Werkzeugen der Revolution, als Führer der Bewegung Intellektuelle auf: Beamte, Offiziere, Advokaten, Lehrer, Geistliche, kurz die beamtete und nicht-beamtete Bourgeoisie.

Der Anstoß zur Zertrümmerung der Monarchie ging, wie bekannt, nicht von den Deutschen aus, sondern von den Tschechen, Polen, Südslaven, Magyaren; die Deutschen haben das sinkende Schiff als letzte und treueste Mannschaft verlassen.

Der kurze Hinweis auf diese Verschiedenheiten ist wichtig für die prinzipielle Stellungnahme der heute m. E. wichtigsten „außenpolitischen“ Frage des Deutschen Reiches, des Anschlusses von Deutsch-Österreich an das Reich.

Mit dem Austritt aus dem bisherigen Staatsverband, mit der Zertrümmerung des Imperiums werden auch die wirtschaftlichen Beziehungen, die bisher die einzelnen Nationen der Monarchie miteinander verbanden und die neben dem Heere die stärkste Realität dieser Monarchie waren, gelöst. Die bisherigen Teilhaber sind aus der gemeinschaftlichen Firma ausgetreten und wollen sich selbständig machen. So sieht es wenigstens prinzipiell aus; tatsächlich aber kann die wirtschaftliche Liquidierung mit der politischen nicht gleichen Schritt halten. Die vielhundertjährigen organisch gewordenen Wirtschaftsbeziehungen und Interessenverflechtungen lassen sich nicht von heute auf morgen abbrechen. Gewisse natürliche Wirtschaftsbedingungen wie Flüsse, Häfen, Eisenbahnen u. a. bilden eine wirtschaftliche Machtbasis, die sich nationalistisch nur ungenügend verwerten läßt, und auf über- und internationale Ausnutzung hinweist. Aber indem die österreichischen und die ungarischen Nationen nun einmal diese Form der Liquidierung des gemeinsamen Staates spontan gewählt haben (es wären auch andere Formen denkbar gewesen), haben sie damit unzweideutig zu erkennen gegeben und vor aller Welt deklariert, daß ihnen das politische Ziel der souveränen staatlichen Selbständigkeit ein absolutes sei, das von wirtschaftlichen Rücksichten und Bedenken keine Minderung, keine Abbiegung erfahren dürfe. Daher war und ist diese österreichische Revolution der Nationalitäten ein Akt des politischen Idealismus, wodurch dem politischen Ideal der Primat vor allen Erwägungen der praktischen Vernünftigkeit, der wirtschaftlichen und jeder sonstigen Utilität zugesprochen werden.

Mit dieser Tatsache haben wir uns abzufinden und aus ihr unerbittlich die Konsequenzen zu ziehen. Über das, was wirtschaftlich praktisch und rationell wäre, nachzudenken, wäre Zeit gewesen, so lange der Staat noch beisammen war. Heute, nach erfolgtem Bruch, dürfen wirtschaftliche Erwägungen nur mehr an zweiter Stelle stehen. Wir Deutschen insbesondere wollen uns an politischem Heroismus von keiner anderen Nation der Welt beschämen lassen, und in der Tat: eine Revolution, die nur dazu taugt, der nüchternen und banalsten Klugheit des Alltags wieder zu ihrem Recht zu verhelfen und die großen Ideen dieser zuliebe aufzuopfern, taugt nichts und ist eine Farce.

Die Deutschen in Österreich haben aus dieser Situation die einzig mögliche und würdige Konsequenz gezogen, indem sie kraft des Selbstbestimmungsrechts ihren Anschluß an das Deutsche Reich erklärten. Sicherlich nicht allein und sicherlich nicht vorwiegend aus Gründen der praktischen Nützlichkeit, um wirtschaftlich besser zu prosperieren, sondern aus einem unauslöschlichen Gemeingefühl, das sie dahin weist, wohin ihre Seele sie zieht, und aus einem instinktiven, aber richtigen nationalen Selbsterhaltungstrieb. Sie müßten dahin gravitieren, selbst wenn sie mit dem Anschluß das schlechtere „Geschäft“ machten, und Deutschland müßte sie aufnehmen, selbst wenn ihm damit zunächst Lasten aller Art erwüchsen. Dies ist die Logik des politischen Idealismus und Heroismus, der die Losung der Zeit ist oder werden soll. Natürlich fordern sie den Anschluß als deutsche Gesamtheit, d. h. mitsamt den Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien kraft der Prinzipien, die heute als die konstitutiven für Staatsbildung anerkannt und gebilligt worden sind.

Anders die Tschechen. Ihre Haltung ist im Sinne politischer Moral höchst zweideutig, wie alles, was dieses

politisch und sonst hochbegabte, charakterlich aber inferiore Volk bisher im Staatswesen getan hat. Sie waren die ersten, die den radikalen Bruch mit der bisherigen staatlichen Gemeinschaft vollzogen haben. Während des ganzen Krieges haben sie im Sinne ihres politischen Ideals: der vollen staatlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit, gewirkt und haben sie mit nicht ganz würdiger Ausnutzung der politischen Konjunktur und mit Unterstützung ihrer ausländischen Freunde durchgesetzt. Kaum aber haben sie erreicht, was sie wollten, so möchten sie mit dem „Guten“ das „Nützliche“ verbinden und ihre Wirtschaft auf eine breitere Basis stellen, als ihnen Natur und Geschichte verliehen hat. Sie wissen, daß sie allein und isoliert wirtschaftlich ebenso wenig lebensfähig sind wie ein isoliertes Deutsch-Österreich. Es genügt ihnen nicht, sich mit Polen und Südslawen zu verbinden und sich vor Deutschlands Ostflanke als ein geschlossener Wall hinzulegen, sie gehen vielmehr, da sie weder mit Lockungen noch mit Drohungen Erfolg hatten, auf glatte Raubpolitik aus und legen sich zu, was ihnen nach göttlichem und menschlichem Rechte, nach Billigkeit und Geschichte nicht zugehört, sie dringen erobernd in deutsches Gebiet ein und machen auch an den Landesgrenzen nicht Halt. Dies ist eben die moralische Skrupellosigkeit, das absolut Unzulässige, was ihnen vor der Geschichte nur Verachtung eintragen kann, daß sie, zunächst nur auf den Pfaden des politischen und „opfervollen“ Idealismus wandelnd, schließlich bei der gemeinsten wirtschaftlichen Habgier landen.

Sie würden sich nicht so trotzig vorwagen, wenn sie nicht die Unterstützung der Entente hätten und nicht die Unterstützung deutscher Kreise in Österreich selbst, die eben nur praktischen Erwägungen zugänglich sind und keine Spur von Idealismus besitzen. Das sind offenbar die Kreise, die aus Geisteslosigkeit, aus wirtschaftlichem Opportunismus oder aus politischer Kurzsichtigkeit gegen den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland sind. Ihr einem kleinen Kreise schon längere Zeit bekanntes Programm hat jetzt auch die breite deutsche Öffentlichkeit kennen gelernt: eine Konföderation der Donaufürstentümer, d. h. der slawischen Staaten zusammen mit Deutsch-Österreich und Ungarn unter dem Protektorat der Entente. Sie wollen in Umkehrung des bekannten Bismarckschen Satzes wirtschaftliche Interessenlosigkeit mit politischer Gegnerschaft aufrechterhalten und sich durch Willfährigkeit gegenüber der Entente und ihrer Politik eine Erleichterung der finanziellen Lasten sichern. Ihr Ziel ist alltäglich, gemein und kurzichtig; sie opfern ihre Nationalität, ihr Wesen momentanen wirtschaftlichen Vorteilen und rechnen mit Jahren statt mit Generationen und Jahrhunderten. Sie sind Eintagspolitiker aus wirtschaftlichem Eigennutz. Ich fürchte, daß ein Teil des wirtschaftlich präponderanten Bürgertums in Deutsch-Österreich zu diesen Kreisen zählt. Ihnen gegenüber müssen sich die Regierungen hüten und drüben auf die Schichten der deutsch-österreichischen Gesellschaft stützen, die heute Träger des politischen Idealismus sind und sich das leisten können: die Arbeiterschaft, die Studenten, die Offiziere. Diese sind großherzig und mutig, die anderen sind Krämerseelen, wenn sie nicht etwas noch Schlimmes sind: besoldete Feiglinge.

Was von beiden Seiten zu tun ist, um das erfreulichste Ergebnis der Revolution nicht preiszugeben, soll hier nicht erörtert werden. Es genüge eine Bemerkung: man kann es heute auf allen Gassen hören, daß Deutschland Österreich nicht verstanden hat und nicht versteht. Ob das nun so richtig ist oder nicht, einen richtigen Gefühlshintergrund hat diese Beschwerde: Österreich war für das verflissene Deutschland niemals das, was Deutschland für den deutschen Österreicher ist. Es spricht sich darin undeutlich und summarisch die mehr gefühlte als bewußte Erkenntnis aus, daß das politische

Verhältnis kein adäquater sondern ein höchst einseitiger Ausdruck für die zwischen den beiden Staaten bestehenden Gefühlsbeziehungen gewesen ist. Österreich war für Deutschland Ausland wie irgend ein anderer fremder Staat und der Dreibund ein politischer Sachverhalt ohne eine Spur von Gefühlsnähe. Das Deutsche Reich aber war — zumindest für den Deutschösterreicher — in mehr als einer Beziehung Heimat und der Dreibund ein wenn auch noch so unzulängliches Bekenntnis, etwas wie eine stille Liebe mit einem Versprechen für die Zukunft.

Man kann nicht sagen, daß es dem Österreicher immer leicht gemacht wurde, an dieser Liebe festzuhalten. Der Krieg hat darin wenig gebessert, vielfach sogar verschlechtert. Dies wird mit dem Eintritt der Deutschösterreicher ins Reich anders werden. Diese Verbindung kann im beiderseitigen Interesse nicht eng und vorbehaltlos genug und nicht rasch genug erfolgen. Geschieht sie nicht und schließt sich Deutschösterreich mit den neugegründeten slawischen Staaten zusammen, so hört es auf, deutsch zu sein. Dann wird es

zweifelloso und unrettbar das bevorzugte Kolonialgebiet der Slawen, die ihren Auswandererstrom, statt ihn nach Amerika und in die Diaspora nach Deutschland zu senden, nunmehr in das deutsch-österreichische Gebiet lenken werden. So wie Wien schon heute neben Prag und Chicago die größte tschechische Stadt ist, so würde es künftig die Hauptstadt eines slawischen Reiches sein. Die Frage des Anschlusses von Deutschösterreich an das Deutsche Reich hat aufgehört, eine wirtschaftliche Frage zu sein, sie ist einfach die Frage der Erhaltung eines großen Teils der deutschen Nation und eine nationale Frage im eigentlichen Sinne. Daher muß die Lösung dieser Frage der anderen, gewiß auch wichtigen: der Herstellung normaler und freundschaftlicher Beziehungen zu den neuen slawischen Staaten, vorangehen, und keinesfalls dürfen die Deutschen Österreichs das Opfer oder der Kaufpreis für die Erlangung vorteilhafter Wirtschaftsbeziehungen seitens der slawischen Staaten sein.

Prof. Dr. Arthur Salz

Die wilden Streiks

Durch Vereinbarung vom 15. November 1918 sind die Gewerkschaften von den Arbeitgeberorganisationen als gleichberechtigt anerkannt worden. Vor dem 15. November stellten sich die Unternehmer gern auf den Standpunkt, nur mit den Angehörigen des eigenen Werks, nicht mit denen fremder Unternehmungen, also auch nicht mit den Arbeiterorganisationen, die ja die Arbeiterschaft der verschiedensten Werke umfassen, zu verhandeln. Es liegt eine eigene Ironie darin, daß die Streikenden heute sich weigern, die Abmachungen der Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden anzuerkennen und nun ihrerseits eine besondere Regelung von Werk zu Werk verlangen.

Über die Mahnung selbst des Unabhängigen Barth, aus der Revolution keine Lohnbewegung zu machen, setzten sich die Urheber der „wilden“, d. h. der gegen den Willen der Organisationen und unabhängig von ihnen inszenierten Streiks, ohne Bedenken hinweg, nach dem Wort Dernburgs Seeleuten gleichend, die sich bei Schiffbruch auf die Rampe stürzen. Die Streikunruhen begannen gleich nach Ausbruch der Revolution. Am 11. November nahmen sie zum ersten Mal einen größeren Umfang an. An diesem Tage streikten im Ruhrrevier etwa 60 000 Bergarbeiter. Darauf trat ein gewisses Abflauen ein, aber ein Teilstreik löste immer noch den andern ab. Dann kam in der ersten Hälfte des Dezember 1918 der Streik auf den Thyssenschen Zechen „Deutscher Kaiser“, „Lohberg“, „Rhein I“, von da flog der Funke weiter. Die Haniel'sche Zeche „Neumühl“ trat in Sympathiestreik. Die Zeche „Mathias Stinnes“, die Schächte der Bergbauges. „Concordia“, die Schachtanlagen „Westend“ und „Alstadt“ mußten feiern. Die Belegschaften weiterer Zechen schlossen sich an. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ (Nr. 639) gibt die Streikenden im Ruhrrevier am 16. Dezember auf 20 000 an, am 21. Dezember (648) auf 25 000. Zum Vergleich mit früheren Streiks im Kriege sei bemerkt, daß im August 1918 im Durchschnitt 8–10 000 Arbeiter im Ausstand waren.

Auch in Oberschlesien schoß die Flamme mit Ausbruch der Revolution empor, um mit wechselnder Stärke bis heute fortzulodern. Meldungen des Wolffbüros, die zu wiederholten Malen für Oberschlesien wie für das Ruhrrevier mitteilten, die Streiks seien völlig erloschen, haben sich stets als falsch herausgestellt. (Vergl. „Frankf. Ztg.“ Nr. 335 vom 3. Dezember 1918 und Nr. 355 vom 23. Dezember 1918). Mehr noch

als im Ruhrrevier haben in Oberschlesien nationalpolnische Elemente die Arbeiter verhetzt und für ihre Zwecke mißbraucht. In beiden Revieren spielte der Terror eine große Rolle. Mit Gewalt wurden große Teile der Belegschaften an der Arbeit behindert. Den Werksleitern aber drohte man mit Sabotage, Körperverletzung, Freiheitsberaubung usw., Delikte, die zum Teil wirklich verübt wurden. Militär mußte einschreiten, und namentlich in Oberschlesien floß Blut.

Der Terror zwang zunächst die Verwaltung der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“, allen Forderungen bedingungslos zuzustimmen, was allerdings nur unter Protest geschah. Es wurde ihr bis zum 10. Dezember 1918. 10 Uhr, ein Ultimatum gestellt. Der örtliche A. und S. Rat lehnte es ab, der Zeche Schutz zu gewähren, und da die im Fließband unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen hergestellten Zechenanlagen somit der Zerstörung preisgegeben waren, was auch die Gesamthütten- und Walzwerksanlagen des Thyssenkonzerns zum Erliegen gebracht hätte, so gab die Werksleitung nach. Die Streikenden verlangten einen Hauerlohn von 20 M., einen Schichtlohn von 14 M. und Tagelohn für jugendliche Arbeiter von 8–10 M., Teuerungszulagen von 200 M. pro Bergarbeiter, weitere 100 M. für die Ehefrau und 50 M. für jedes Kind unter 14 Jahren. Nach den von den Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen getroffenen früheren Vereinbarungen erreichten die Hauer bereits im Januar 1919 einen Durchschnittslohn von mindestens 17 M. (R. W. Z. Nr. 1032 vom 19. Dezember 1918). Vom 1. Dezember ab trat ohnehin über den für Oktober zugesagten Durchschnittslohn hinaus eine Erhöhung der Gedingelöhne unter Tage um durchschnittlich 1 M. 050 ein, für Schichtlöhne über und unter Tage um durchschnittlich 1 M., ohne Anrechnung des Kindergeldes („Deutsche Bergw. Ztg.“ Nr. 277 vom 26. November 1918). Was die Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ notgedrungen am 10. Dezember bewilligte, ging, wie wir sahen, weit über diese Sätze hinaus. Trotzdem war auch dies noch nicht der Gipfel der Forderungen. Weihnachtsgelder von 600 M. wurden verlangt („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 648), in Oberschlesien sogar einmalige Entschädigungen von 800–1000 M.

Daß die Bewilligung derartiger unsinniger Lohnansprüche den Werken einfach unmöglich ist, geht aus folgenden Beispielen hervor. Eine Lohnerhöhung um 5 M. für die Schicht, wie sie verlangt wurde, erfordert beispielsweise bei der „Har-

paner Bergbau-A.-G.", bei der im letzten Geschäftsjahr 9 665 164 Schichten verfahren wurden, einen Betrag von 48 Mill. M. Der Reingewinn machte indessen bei dieser Gesellschaft nur 138 Mill. M. aus. („R. W. Z.“ Nr. 1032). Der Generaldirektor des „Phoenix“ berechnete die Mehrausgaben infolge der Lohnsteigerung auf jährlich 15 Mill. M. für sein Werk. Die Direktion der „Siemenswerke“ teilte mit, daß die Firma im Frieden an Lohn und Gehältern 113 Mill., gegenwärtig aber 208 Mill. M. zahle und daß diese Leistung durch Bewilligung der jetzt erhobenen Forderungen auf über 300 Mill. M. stiege, wobei zu berücksichtigen sei, daß im Frieden nur $\frac{1}{3}$, jetzt aber die Hälfte der Arbeiterschaft weiblich sei. Zahlreiche Arbeiter seien auf den „Siemens-Schuckertwerken“ beschäftigt, die ein Monatsgehalt von 1000 M. erreichten. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 634 vom 13. Dezember 1918).

Nach alledem konnte es nicht bei den von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ für den Augenblick erpreßten Zugeständnissen bleiben. Es wurden Beratungen gepflogen zwischen Vertretern beider Parteien und der Regierung, ferner der Gewerkschaften und Arbeiterräte. Auch in diesen siegten zwar die Streikenden. Die Gewerkschaften „Deutscher Kaiser“, „Lohberg“ und „Rhein I“ erklärten sich bereit, „mit Rücksicht auf die durch den langanhaltenden Streik entstandene Notlage in den Bergarbeiterfamilien die entstehenden Streikausfälle zu ersetzen; und zwar in der Form, daß jeder Verheiratete 200 M., jeder Unverheiratete 100 M. und jedes Kind unter 14 Jahren 25 M. (im ganzen aber nicht mehr als 125 M.) erhält“. Immerhin aber war damit grundsätzlich die Gewährung der einmaligen Teuerungszulage (Weihnachtsspende) abgelehnt. Dies war von Wichtigkeit, da das Zugeständnis einer solchen Zulage naturgemäß die gleichen Forderungen im ganzen Bergrevier und darüber hinaus wohl unvermeidlich in der ganzen Schwerindustrie gehabt hätte. Die dadurch entstandene Lohnbelastung hätte sich auf Milliarden belaufen können und wäre für das deutsche Wirtschaftsleben unerträglich gewesen. Vor allem aber wurde in dem aus den Beratungen hervorgegangenen Schriftstück prinzipiell an den älteren Abmachungen zwischen den beiderseitigen Organisationen festgehalten.

Der Streik hatte sich außerdem um die Durchführung der Achtstundenschicht gedreht. Die Streikführer verlangten, die Seilfahrt solle so bemessen werden, daß bei einer Einfahrt um 6 Uhr der letzte Mann um 2 Uhr den Schacht verlassen habe. Dies würde für einen Teil der Belegschaft nur eine $7\frac{1}{2}$ stündige Arbeitszeit bedeutet haben. In den Beratungen der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ mit den Streikenden wurde beschlossen, daß „vom 1. Februar nächsten Jahres ab die Achtstundenschicht, wie von den Organisationen vereinbart, voll verfahren wird, und daß alle übrigen Organisationsabmachungen sofort eingehalten werden. Hinsichtlich der Achtstundenschicht war im November zwischen dem Zechenverband und den vier Bergarbeiterorganisationen vereinbart worden, sie solle „bereits vom 1. Dezember ab allgemein in Geltung treten. Allgemeine Pausen verlängern diese Arbeitszeit um die Zeitdauer jeder Pause. Ausgenommen von dieser Regelung sind vorläufig Fuhrwerks- und landwirtschaftliche Arbeiter.

Soweit nach dem 1. Dez. aus technischen Gründen oder aus Mangel an Arbeitskräften Überarbeit erforderlich wird, werden Lohnzuschläge in Höhe von 25 % für Arbeiten an Werktagen und von 50 % an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen gezahlt. Als Überarbeit wird die Zeit bezahlt, die über die acht Stunden hinaus tatsächlich gearbeitet wird.“

Am 30. Dezember 1918 sind die Belegschaften von „Deutscher Kaiser“, „Lohberg“ und „Rhein I“ sowie von „Neumühl“, „Westend“, „Concordia“ und „Alstaden“ wieder vollzählig angefahren. Die Bergarbeiter der verschiedenen Schachtablagen der „Gutehoffnungshütte“ aber streikten weiter. Ja, der Streik griff zu Beginn des neuen Jahres auf die Zechen „Humboldt“ und „Wiesche“ des Mülheimer Bergwerkvereins und „Kronprinz“ über und von da auf das linke Rheinufer (Diergart u. Mewissen). Schon haben sich feindliche Truppen eingemischt. Ein Ende der Bewegung ist noch nicht abzusehen. In Oberschlesien haben Beratungen zwischen Regierungsvertretern, Gewerkschaftsführern und Vertretern der streikenden Arbeiter zu dem Ergebnis geführt, daß wenigstens der angedrohte Generalstreik bis zum 15. Januar verschoben worden ist. Der Ausstand dauert aber mit unverminderter Wucht fort. Wenn einzelne Belegschaften die Arbeit wieder aufnehmen, so wird dies durch Neueintritt anderer in den Streik stets wieder kompensiert.

Katastrophale Wirkungen des Streiks auf unser Wirtschaftsleben sind auf die Dauer unausbleiblich. Schon jetzt ist der Schaden ungeheuer. Die Streiks setzten in einem Augenblick ein, in dem ohnehin durch die Entlassung der Kriegsgefangenen die Leistungsfähigkeit der Gruben sehr geschwächt wurde, während die zurückkehrenden Frontsoldaten nur sehr langsam die Arbeit wieder aufnehmen. Auch ist die Durchschnittsleistung der Arbeiter an sich zurückgegangen, da sie von den politischen Vorgängen derart in Spannung und Aufregung versetzt werden, daß die Arbeit darunter leidet. Die Gesamtleistung aller Arbeiter über und unter Tag ist umgerechnet auf den Mann von 0,85 t in den letzten Jahren bis heute auf etwa 0,75 t pro Schicht zurückgegangen. Die arbeits-tägliche Durchschnittsförderung betrug im Juni 1918 346 000 t, im September 326 000 t und im Oktober 1918 313 000 t. Dagegen machte sie Mitte November 250 000 t, und Ende November 230 000 t aus. Am 3. Dezember stellte sie sich auf 227 000 t. Es ist anzunehmen, daß der Tiefstand vom 11. November (182 000 t) nicht die Rekordzahl bleibt, wenn es so weitergeht. Gegen die Zeit vor dem Umsturz bedeutet der tägliche Ausfall von rund 120 bis 130 000 t einen Rückgang um weit über 30 %. Finanziell fällt dieser Verlust natürlich stark ins Gewicht, wie überhaupt unsere Kohlenschätze heute ungefähr das einzige sind, was wir, namentlich dem Ausland gegenüber, als wirtschaftlichen Aktivposten betrachten können. Um so schmerzlicher ist die Störung der Kohlenproduktion.

In der Eisenindustrie haben die wilden Streiks längst keinen solchen Umfang wie in der Kohlenindustrie erlangt. Zu größeren Ausständen ist es kaum gekommen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover über die Weltversorgung

Herbert C. Hoover, der erste Lebensmittelkontrolleur der Vereinigten Staaten, hat in einer Konferenz mit seinen in den Einzelstaaten bestellten Kollegen Mitte November in Washington eine programmatische Rede gehalten, die sowohl in die Organisation der amerikanischen Lebensmittelversorgung

interessante Einblicke gestattet, als auch seine Auffassung von der Möglichkeit, die Probleme der Weltversorgung zu lösen, wiedergibt.

Zu den wichtigsten Aufgaben, die dem amerikanischen Amte für Lebensmittelversorgung oblagen, gehörte nach Hoover

die, einen Überblick über die Ausfuhrmöglichkeit in jedem der Überschußländer bis zur nächsten Ernte und über den Bedarf der auf eine Einfuhr angewiesenen Länder, in denen Amerika die Gesundheit und öffentliche Ordnung aufrechterhalten zu sehen wünscht, zu gewinnen. Das Amt hat die Lieferungsmöglichkeiten der Lebensmittel ausführenden Länder unter der Annahme, daß dort sparsam gewirtschaftet wird, dem Bedarf der Gebiete, die versorgt werden müssen, unter Voraussetzung, daß dort nur soviel benötigt wird, um Gesundheit und Ordnung aufrecht zu erhalten, einander gegenübergestellt und daraus die Bilanz gezogen, die Hoover in großen Umrissen wiedergibt.

Das Bild, das sich der amerikanische Lebensmittelkontrollleur von Angebot und Nachfrage an Lebensmitteln in den Überschußländern einerseits und den auf die Einfuhr angewiesenen Gebieten andererseits macht, sieht folgendermaßen aus:

Weizen und Roggen: genügende Vorräte bei Einschränkung des Konsums.

Proteinhaltige Futtermittel besonders für milchgebende Tiere: ein Defizit von ungefähr 3 Mill. tons.

Andere Futtermittel: genügende Vorräte bei Beschränkung des Verbrauchs.

Bohnen, Erbsen und Reis: genügende Vorräte bei Einschränkung des Konsums.

Produkte von Schweinen u. Milchprodukte, vegetabilische Öle: ein Mangel von ungefähr 3 Milliarden engl. Pfund.

Rindfleisch: genügende Vorräte, um die Ladefähigkeit aller mit Gefriereinrichtungen ausgerüsteter Dampfer zu befriedigen.

Zucker: genügend Vorräte für den normalen amerikanischen Konsum, wenn andere Nationen bei ihrer gegenwärtigen Einschränkung bleiben, Mangel, wenn die Rationen erhöht werden.

Kaffee: Die Vorräte übersteigen das Angebot.

Von allen diesen Nahrungsmitteln, möglicherweise mit Ausnahme proteinhaltiger Futtermittel, hat Amerika genügend für seinen eigenen Bedarf und von vielen einen beträchtlichen Überschuß. Von der gesamten Weltproduktion, die notwendig ist, um die obigen Resultate zu erreichen, dürfte die Union wahrscheinlich mehr als 60 % liefern. Die Vereinigten Staaten einschließlich der westindischen Inseln werden in der Lage sein, insgesamt ungefähr 20 Mill. t Nahrungsmittel aller Art für den Export gegen eine Friedensausfuhr von ungefähr 6 Mill. t zu liefern. Was die Einzelheiten anbelangt, die wie alle derartigen Berechnungen auf bestimmten Voraussetzungen bezüglich der Transportmöglichkeit, der Produktion, des Konsums, die bedeutenden Änderungen während der Periode des Wiederaufbaues unterliegen können, beruhen, so führte Hoover aus, daß an Weizen und Roggen in Argentinien, Australien und anderen Märkten, die unzugänglich sind, Vorräte vorhanden seien, um genügend Material für reines Weizenbrot zu liefern. Es wird jedoch weiterhin ein hoher Ausmahlungskoeffizient und eine Beschränkung im Verbrauch sowie die Vermeidung jeglicher Verschwendung notwendig bleiben. Die Vereinigten Staaten können bezüglich dieser Nahrungsmittel eine neue Politik einschlagen, denn sie sind in der Lage, von jetzt ab alle Ersatzmittel bei der Herstellung von Weizenbrot beiseite zu lassen. Angesichts der Tatsache, daß die Nahrung in Europa zu 50 bis 60 % aus Brot besteht, während dieses in den Vereinigten Staaten nur 25 % der insgesamt benötigten Lebensmittelmenge ausmacht, ist diese Lage der Dinge erfreulich zu nennen. Die große Ernte, die Amerika

in diesem Jahre hat, ist wesentlich das Ergebnis des dem Anbauer garantierten Preises. Mit den anderen Überschußgebieten gemeinsam ist Amerika in der Lage, genügend gewöhnliche Getreidesorten, wie Hafer, Gerste und Mais, für Futterzwecke auszuführen, dagegen besteht ein Weltmangel an hochprozentigen Futtermitteln, d. h. den Abfällen bei der Weizenmüllerei, Ölsaattrückständen und Bohnenmehlen, von denen die Milchproduktion der Welt und besonders Europas so sehr abhängt. Dieser Mangel macht sich auch in den Vereinigten Staaten bemerkbar und wird in hohem Grade durch die Notwendigkeit, Baumwollsaatmehl als Düngemittel zu benutzen, und zu einem gewissen Grade durch den Mangel an Weizengrößen infolge des geringen Verbrauchs an Weizenmehl verursacht. Der letztere Umstand wird abergebessert werden durch die Ausschaltung der Ersatzmittel bei der Brotbereitung, so daß die Hoffnung besteht, die Lage der für die Milchindustrie nötigen Futtermittel zu bessern.

Der Mangel an proteinhaltigen Futtermitteln trägt direkt zu dem Weltmangel an Fett bei. Betrachtet man die Lage der Milchprodukte, der vom Schwein stammenden Erzeugnisse und der vegetabilen Öle, so stellt sich dem Bedarf gegenüber ein Defizit heraus. Trotzdem kann die Exportmöglichkeit der Union an allen diesen Produkten auf über 4 Milliarden engl. Pfund berechnet werden, wovon 3 bis 3½ Milliarden Produkte vom Schwein umfassen. Dieser Weltmangel an Fett ist in erster Linie der Tatsache zuzuschreiben, daß Europa seiner Milchproduktion nicht genügend Futtermittel zur Verfügung hat stellen können und in seinen Schweinebestand während des Krieges bedeutende Eingriffe hat machen müssen, und dem Umstande, daß die Produktion an Pflanzenölen wegen der mangelnden Transportmöglichkeit in gewissen Gegenden zurückgegangen ist.

Über Fette äußerte sich Hoover wie folgt: Für die nordamerikanische Fettausfuhr kommen in erster Linie die Produkte vom Schwein in Betracht. Die von dem Ackerbaudepartement und der Nahrungsmitteladministration bezüglich dieser Erzeugnisse befolgte Politik hat ausgezeichnete Resultate gehabt. Durch vermehrte Produktion und Konservierung ist Amerika in der Lage, siebenmal mehr als den Friedensdurchschnitt zu exportieren und wenn die Vereinigten Staaten auch nicht das gesamte Weltdefizit zu decken imstande sind, so können sie es doch sehr stark reduzieren. Das Resultat der erhöhten Fettproduktion wurde in der Union innerhalb von 12 Monaten durch die Erhöhung der Schweinehaltung erreicht. Die guten Preise, die den Züchtern gezahlt wurden, haben das ihre dazu beigetragen. Trotz der amerikanischen Lieferung wird die Weltversorgung mindestens zwei bis drei Jahre lang Mangel an Fett leiden müssen. Vor allem wird sich daher Amerika größerer eigener Sparsamkeit im Fettverbrauch befleißigen müssen. Bis Mitte Dezember 1918 oder Januar 1919 wird Amerika wahrscheinlich nicht über genügend Schiffsraum verfügen, um seine laufende Fettproduktion zu verschiffen; die Lagerungsmöglichkeiten dafür aber sind beschränkt.

Der Mangel an Milch und Milcherzeugnissen in Amerika ist gegenwärtig so groß, daß es sich gezwungen sieht, den Export dieser Produkte zu beschränken. Der unnötig große Verbrauch an Butter und kondensierter Milch in Amerika müßte sofort eingeschränkt werden.

Was Rindfleisch anbetrifft, so ist die Bedarfsbelieferung der Welt beschränkt auf den Umfang des zur Verfügung stehenden Gefrierschiffsraumes. Die Bestände in Australien, Argentinien und den Vereinigten Staaten genügen, um ihn auszunutzen. In den Bedarfsländern wird Mangel herrschen, es besteht jedoch wegen der dem Transport auferlegten Fesseln

keine Aussicht, den Export wesentlich während der nächsten Monate zu fördern.

Was Zucker anbelangt, so ist es schwer, auch nur annähernd die Lage zu kennzeichnen. Augenblicklich bestehen in allen europäischen Ländern und auch in den Vereinigten Staaten starke Beschränkungen. Die Vorräte, die sich die Vereinigten Staaten gesichert haben, sind die größten der Welt. Das bedeutet keine Eigennützigkeit, denn die Union hat während des Krieges ihre Verbündeten immer aufgefordert, sich zuerst zu versorgen, diese haben jedoch Zucker geopfert, um für andere Lebensmittel Schiffsraum zu gewinnen. Wenn man annimmt, daß Europa bei den jetzigen Rationen bleibt, so sind die Weltlieferungsmöglichkeiten, die jetzt vergrößert sind, durch die Verwendungsmöglichkeit von Javazucker genügend. Sie werden den ganzen normalen amerikanischen Bedarf decken, wenn Europa jedoch seine Rationen wesentlich erhöht, so wird ein Mangel zu verzeichnen sein. Das Lebensmittelamt der Union hat den notwendigsten Bedarf des amerikanischen Volkes durch den mit den Alliierten gemeinsam vorgenommenen Ankauf der nächsten Zuckerernte Kubas gedeckt. Es sind Abmachungen mit den verschiedenen Raffinerien und Produzenten in den Vereinigten Staaten getroffen worden, derart daß ein Preis von 9 cents pro engl. Pfund im Engroshandel während der nächsten 12 Monate gesichert ist. In den anderen Zucker importierenden Ländern beträgt der Preis 12 bis 20 cents pro engl. Pfund. Amerika wird angesichts dieser Abmachung und der Tatsache, daß Zucker aus dem Osten verfügbar sein wird, seinen Konsum, nachdem die kubanische Ernte verfügbar ist, nur wenig zu beschränken haben, wenn nicht, wie gesagt, die anderen Regierungen sich dazu entschließen, ihre gegenwärtigen Rationen wesentlich zu erhöhen. Hoover glaubt nicht, daß die Amerikaner den extravaganten und luxuriösen Verbrauch von Zucker zu Getränken und Konfekt aufrecht erhalten sehen wünschen, wenn in anderen Ländern Mangel an Zucker für Haushaltszwecke besteht. Bei den gegenwärtigen Aussichten unternehmen die amerikanischen Behörden Schritte, um die Beschränkung, die dem Konsum in der Union auferlegt werden mußte, als die Versorgung der ganzen Welt von Nordamerika allein zu tragen war, zu beseitigen.

Die Berechnungen der Weltvorräte an Kaffee zeigen, daß mehr vorhanden ist, als der Bedarf während der nächsten 12 Monate beträgt. Früher oder später wird die Spekulation in Kaffee, die in einigen Ländern unter der Annahme, daß bei Friedensschluß ein Mangel bestehen würde, eingesetzt hat, einen harten Stoß erleiden.

Hoover faßt die wichtigsten Veränderungen der amerikanischen Versorgungspolitik, die sich aus dieser Sachlage ergeben, folgendermaßen zusammen: Amerika kann die Verwendung von Ersatzmitteln bei der Herstellung von Weizenbrot einstellen, wird jedoch noch Sparsamkeit im Konsum üben müssen. Gegenwärtig ist weiter die Beschränkung des Verbrauchs von Butter und kondensierter Milch nötig und diese muß auf alle Fette ausgedehnt werden. Was Zucker anbelangt, so kann die Ration von 3 engl. Pfund monatlich pro Person des Haushalts aufrecht erhalten bleiben und wenn Java-Zucker für Europa vorhanden ist, kann Amerika weitere Einschränkungen fallen lassen. Oberster Grundsatz muß immer bleiben: Einfach zu leben, in jeder Beziehung den Verbrauch von Lebensmitteln, die sich mehr oder weniger untereinander ersetzen lassen, einzuschränken. Dem Gespenst der Hungersnot im Auslande muß die Üppigkeit auf den amerikanischen Tafeln weichen.

In Europa herrschen jedoch Zustände von Hungersnot, die zu beseitigen die Kräfte der Union übersteigt. Allein in Nord-

rußland leben 40 Millionen Menschen, deren Lebensversorgung in diesem Winter kaum durchgeführt werden kann, da die Transportmittel dort durch vollkommene Anarchie vernichtet sind und bald viele der Häfen zugefroren sein werden. „Ich erwarte, so sagt Hoover, die furchtbarsten Ergebnisse einer Hungersnot, die zu beheben, über alles Maß menschlicher Kraft hinausgeht.“

Die Beendigung des Krieges hat Amerika vor die Aufgabe einer Reorganisation seiner Lebensmittelversorgung gestellt. Diese Organisation war eingerichtet worden, um: Einen Teil der Bestimmungen der Lever Act durchzuführen, was in Zusammenarbeit mit vielen Wirtschaftszweigen des Landes zu einem hohen Grade gelungen ist, die Verteilung von Nahrungsmitteln an das Ausland zu kontrollieren, mit Erzeugern und Fabrikanten freiwillige Abmachungen zu treffen, die geeignet sind, den Handel zu stabilisieren, die Produktion zu fördern und die diesbezüglichen Regierungsmaßnahmen durchzuführen, mit dem Ackerbau-Departement gemeinsame Politik hinsichtlich der Nahrungsmittelerzeugung für die Zwecke des Weltbedarfs zu treiben, mit der Eisenbahnverwaltung und dem Schiffsamt in Fragen des Transportes und der Verteilung im Innern und nach dem Ausland zusammen zu arbeiten, die Kontrolle der für die Union nötigen Einfuhr durchzuführen, alle Lebensmittelkäufe des Heeres und der Marine, der Einfuhr und Ausfuhr zwecks Verhinderung chaotischer Marktverhältnisse zu koordinieren, und endlich mit dem amerikanischen Volke in der Beschränkung des Verbrauches Hand in Hand zu arbeiten.

Bei dem Friedensschluß mit Deutschland verliert die Lever Act ihre Gültigkeit, und da sie nur durch die Kriegsverhältnisse bedingt und gerechtfertigt war, so scheint ihre Erneuerung nicht angebracht, umsomehr, als sie die individuelle Initiative behindert. Unter ihrer Wirkung sind die Großhandelspreise um 8–10 % zurückgegangen, während die Preise beim Erzeuger um 15–20 % gestiegen waren. So sind die Verdienste der Vermittler stark reduziert worden. Jetzt, da der Friede naht, müssen alle regulierenden und kontrollierenden Bestimmungen der Lebensmittelversorgung überall dort fallen, wo sich nicht eine Möglichkeit zur Spekulation eröffnet, die unter keinen Umständen gestattet werden darf, solange noch das Gesetz besteht. Während dem Außerkrafttreten der Lever Act ohne Sorge eingegesehen werden kann, müssen die übrigen Funktionen der Lebensmittelverwaltung in Kraft bleiben. Es muß eine Organisation bestehen bleiben oder geschaffen werden, um die Lebensmittelverteilung an das Ausland zu leiten.

Dafür ist die genaue Kenntnis der Zustände in Europa und andern Ländern nötig. Die großen Käufe für die Ausfuhr liegen jetzt überall in Händen der Regierungen, von denen viele gemeinsam handeln. Ihre Kaufkraft könnte, wenn sie mißbraucht würde, die amerikanischen Produzenten ruinieren oder auch den Konsumenten in der Union unberechenbaren Schaden zufügen. Ein Chaos von Spekulation und Gewinnsucht würde herrschen, wenn diese Käufe nicht koordiniert und kontrolliert würden.

„Ich bin,“ so schloß Hoover seine Ausführungen, „im Begriffe nach Europa abzureisen, um an einer Konferenz über die gesamte Lebensmittellage — nicht der Belgians alleine — teilzunehmen. Diese muß die Linien für die Details einer der neuen Lage entsprechenden Organisation ergeben. Das Lebensmittelverwaltungsamt ist schon im Begriffe, gemeinsam mit dem Kriegsministerium Schritte zu unternehmen, um die amerikanischen Vorräte in Europa zu vergrößern, derart, daß diese sofort den Stellen der Not zugeleitet werden können. Deutschland hat nicht nur Nahrungsmittel und Vieh von allen

jenen Völkern, die es beherrscht und im Zustande des Verhungerns gelassen hat, genommen, sondern auch hinter sich einen vollkommenen Zusammenbruch aller sozialen Einrichtungen gelassen. Diese Völkermassen sind jetzt von absoluter Anarchie bedroht. Wenn Amerika seine eigene Sicherheit und die soziale Organisation der Welt, wenn es die Zivilisation des ganzen Erdballs erhalten will, so kann es nicht ruhig beiseitestehen und diesen Krebschaden, der das Leben der Welt bedroht, um sich greifen lassen. Hungersnot ist die Mutter der Anarchie. Die Unfähigkeit der Regierungen, ihren Völkern Lebensmittel zu sichern, hat Revolution und das Chaos im Gefolge, während die Möglichkeit Nahrung zu schaffen, Stabilität der Regierung und Niederlage der Anarchie bedeutet. Millionen von Menschen, für die

Amerika anderthalb Jahre lang gekämpft und geblutet hat, sind jetzt von dem deutschen Joche befreit. Die Vereinigten Staaten können keine Maßnahme, die ihnen ermöglicht, zur Gesundheit, Selbsthaltung und zu nationalem Leben zurückzukehren, außer acht lassen. Das ist die Richtschnur für eine Lebensmittelorganisation während der nächsten 12 Monate. Der Aufbau unserer Organisation im einzelnen, die diese Ziele verfolgt, ihre genaue Bezeichnung kann je nach Notwendigkeit festgelegt werden. Monate werden noch bis zum endgültigen Friedensschluß hingehen. Inzwischen muß die bestehende Organisation Amerikas intakt gehalten werden. Danach kann die nationale Pflicht als Richtschnur gelten.“

B. S.

Spanien in Marokko und die Entente

Der Untergang der Weltmacht Spanien und der damit in engem Zusammenhang stehende Verlust ihres gewaltigen überseeischen Besitzes ist eines der traurigsten Beispiele für den Wandel, dem das Geschick auch der mächtigsten unter den Staatswesen unterliegt. Dadurch, daß sich unter Ferdinand VII. die süd- und mittelamerikanischen Kolonien als Freistaaten auf eigene Füße stellten, ging der Krone Spaniens ihr gesamter Kolonialbesitz von unberechenbarem Wert auf dem amerikanischen Festland verloren. Die Niederlage in dem Kriege gegen die nordamerikanische Union beraubte das unglückliche Land weiter Kubas, Portorikos und der Philippinen. Im Anschluß daran sah es sich veranlaßt, auch die Marianen, Karolinen und Palauinseln an Deutschland, Guam an die Vereinigten Staaten zu verkaufen. Spanien schied damit aus der Reihe der großen Kolonialmächte aus. Abgesehen von den nicht als Kolonialbesitz geltenden Kanaren, dem trostlosen Rio del Orogebiet und von Spanisch Guinea samt den vorgelagerten Inseln blieben ihm nur die früher sogenannten „Presidios“ an der nordafrikanischen Küste als Rest der alten Herrlichkeit übrig.

Diese, Ceuta, Melilla, die kleinen der Küste vorgelagerten Inseln Peñon de Velez de la Gomera, Alhucemas und die Chafarinas hat Spanien durch alle Wechselfälle der Geschichte sich zu erhalten gewußt und dazu noch nach dem Kriege von 1859/60 gegen das Scherifenreich das Gebiet von Ifni erworben.

Der Besitz dieser Stützpunkte an der afrikanischen Küste bildete die materielle Grundlage der Ansprüche auf das Hinterland, den nördlichen Teil des Scherifenreiches, während die ideelle von dem Gedanken der Fortsetzung des alten Religions-, Kultur- und Rassenkampfes Spaniens gegen die Mauren hergeleitet wurde. Als Frankreich und England sich 1904 untereinander über Marokko und Ägypten einigten, sorgte England für die Berücksichtigung der spanischen Wünsche, indem es dem Konkurrenten Frankreichs in Marokko die Nordküste, die es nur im Besitz einer zweitklassigen Macht dulden wollte verschaffte. So verdankte Spanien seine Einflußzone dem englisch-französischen Gegensatz. Auf der Konferenz von Algieras befestigte es seinen Besitz, und als Frankreich am 30. März 1912 seine Protektorats-herrschaft in Marokko errichtete, legte ein Abkommen dieser Macht mit Spanien vom 27. November des gleichen Jahres auch die spanische Protektoratszone, allerdings in geringerem Umfang als ursprünglich zugesagt, endgültig fest.

Spanien hat sich bis zum heutigen Tage des Besitzes dieser „Zona de influencia de España en Marruecos“ nicht ungetrübt erfreuen dürfen. Die Niederwerfung der kriegerischen Eingeborenen erforderte enorme Opfer, ohne daß es gelang, über die Bezirke der wichtigsten Küstenplätze hinaus das

Hinterland, das sich als „bled es siba“ von je jeglicher staatlicher Autorität, auch der der marokkanischen Sultane, entgegengestemmt hatte, zu unterwerfen.

Diese Schwierigkeiten der Befriedung, die infolge der Landesbeschaffenheit und der Wildheit der Stämme, besonders der Rifkabylen, eine bedeutend schwerer lösbare Aufgabe darstellte, als es die Frankreichs in seiner Zone war, haben in Spanien immer zu lebhaften prinzipiellen Erörterungen über die Zweckmäßigkeit der zu befolgenden Methoden geführt. Politiker und öffentliche Meinung waren in zwei Lager geteilt, von denen das eine die Kampfansage bis zum äußersten gegen die Eingeborenen wünschte, das andere dagegen eine Versöhnungspolitik mit diesen, also eine wahrhaft „friedliche“ Durchdringung empfahl.

Aber auch zu der wichtigeren Frage, ob eine Expansion Spaniens in Afrika überhaupt erwünscht sei, oder ob diese die Kräfte des Landes übersteige, ist immer leidenschaftlich Stellung genommen worden.

Die „Afrikanisten“ Spaniens sahen von jeher in der Eroberung Marokkos eine wichtige nationale, kulturelle und wirtschaftliche Aufgabe, die zu lösen sich angesichts der eminent wichtigen weltpolitischen Lage der Nordküste Afrikas, ihrer Bedeutung für Spanien als Mittelmeermacht und angesichts ihrer großen wirtschaftlichen Schätze, darunter besonders Eisenerze, wohl lohnte. Sie sahen darin vor allem auch eine Frage des Prestiges, hinter der Zweckmäßigkeitserwägungen zurückstehen sollten. Es waren besonders die Konservativen und die Klerikalen, die dieser Gruppe angehörten.

Die Gegner der Ausdehnung Spaniens in Afrika, die besonders im Lager der Liberalen und der Linksparteien zu finden sind, betonten ihrerseits, daß die großen Opfer, die die Befriedungsversuche verschlangen — 150 000 Menschenleben und 1 Milliarde Pesetas hat Spanien schon dafür hingeben müssen — in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit des Gegenstandes ständen. Und wenn auch ihre Partei der ersten, die auch das nationale Empfinden des Volkes auf ihrer Seite hatte, gegenüber geringer an Zahl war, so zeigte sich doch anlässlich militärischer Aushebungen zu Feldzügen in Nordafrika, daß sie große Massen des Volkes auf ihrer Seite hatte. Es blieb für Spanien nach den Erfahrungen der „roten Woche von Barcelona“ 1909 und der Ausschreitungen in Catalonien und Aragonien 1913 immer ein gefährliches Experiment, nach Marokko Truppen zu entsenden.

Unter diesen Umständen wurde eine einheitliche Politik in bezug auf Marokko zur Unmöglichkeit, sie hing wesentlich davon ab, welche der beiden großen politischen Parteien jeweils am Ruder war.

Während des Krieges hat das Marokkoprob­lem neben und im Zusammenhang mit der Gibraltarfrage den wichtigsten Gegenstand der äußeren Politik Spaniens gebildet. Fast ebenso laut wie der Wunsch, Gibraltar Spanien einverleibt zu sehen, wurde der nach einer Befestigung und oft auch einer Ausdehnung der spanischen Zone in Marokko geäußert. In der Person des dem konservativen Lager entstammenden Ministerpräsidenten Maura fanden diese Wünsche einen warmen Fürsprecher. Zuletzt noch, in der ersten Junihälfte 1918, gelegentlich der Debatte über die Militärreform in den Cortes führte er aus, daß die der iberischen Halbinsel gegenüber gelagerte Küste Nordafrikas notwendigerweise dem spanischen Einfluß unterstehen müsse und von keiner fremden Macht besetzt werden dürfe. Richteten sich die Wünsche bezüglich Gib­raltars gegen England, so waren die Willensäußerungen in bezug auf Marokko gegen Frankreich gewandt, das von je nur ungerne die Festsetzung Spaniens in Marokko gesehen hat, und dessen Politiker versteckt und offen ihre Absichten nicht nur auf die spanische Zone, sondern auch auf Tanger, dessen internationaler Status noch aussteht, geäußert haben.

Je sicherer Frankreich sich auf der Seite der Sieger im Weltkrieg zu befinden glauben durfte, desto zahlreicher wurden die Stimmen, die sich dort für die Festsetzung in Tanger und die Einverleibung der spanischen Zone einsetzten. So forderte z. B. schon 1917 das Blatt „Le Pays“ offen die Abtretung, und wer zwischen den Zeilen der „Afrique française“ zu lesen verstand, konnte auch hier den schlecht verhehlten Wunsch finden. Niemand aber hat so systematisch diesen Ambitionen den Boden bereitet wie der Korrespondent der „Times“ in Tanger, Mr. Harris, der den Franzosen Handlangerdienste erwies. Sein System bestand darin, sein Blatt mit tendenziösen Nachrichten, die von dort aus ihren Lauf in die ganze Welt nahmen, in denen die spanische Herrschaft in Marokko diskreditiert wurde, zu versehen. Daß in einer geheim verteilten, von ihm verfaßten Broschüre aufgestellte Verleumdungen sowie verschiedene seiner Berichte an die „Times“ von der spanischen Regierung dementiert wurden, hat ihn wenig angefochten. Spanien — das war der rote Faden, der sich durch seine Berichte zog — ist unfähig, die Ruhe in dieser Zone zu gewährleisten, und seiner Aufgabe, als Mandatar der europäischen Mächte für die Sicherheit der Europäer zu sorgen und das Land zu befrieden, nicht gewachsen. Die spanische Zone bilde ferner den Herd der deutschen Propaganda gegen die französische Herrschaft in Marokko und den Zufluchtsort der unter deutscher Leitung gegen Frankreich kämpfenden Rebellen. Diese Methode hat ihre Früchte getragen. Die Presse der ganzen Welt — auch die deutsche — hat diese „Meldungen der Times aus Tanger“ nachgedruckt, sie haben überall den gewünschten Eindruck hervorgerufen, daß Spanien seiner Aufgabe in Marokko keineswegs gewachsen sei. Die Dementis der spanischen Regierung, deren Generalkommissar Jordana die kluge und menschliche Politik des Einvernehmens mit den Eingeborenen, besonders mit Raisuli, der über eine ansehnliche militärische Macht, darunter auch Artillerie, verfügt, befolgte, haben mit ihren Hinweisen auf die durchweg tatsächlich herrschende Ruhe in der spanischen Zone nur wenig genützt.

Der Boden für die Erfüllung der französischen Wünsche, die durch den Sieg des Vielverbandes nur noch gewachsen sind, ist so gut vorbereitet worden.

Heute brauchen die von der welschschweizerischen Presse kräftig sekundierten französischen Organe weniger denn je mit den imperialistischen Zielen Frankreichs in Marokko hinter dem Berge zu halten, und noch offener haben sich die am unmittelbarsten an der Frage interessierten Kreise in der französischen Protektoratszone bei den Zwischenfällen von

Casablanca, wo gelegentlich der Siegesfeiern gegen das spanische Konsulat und spanische Geschäftshäuser ernste Ausschreitungen stattfanden, die als symptomatisch gewertet werden müssen, geäußert. Aus den Darlegungen Pichons in der französischen Kammer, wonach die Algecirasakte, die ja auch für den Bestand der spanischen Einflußzone maßgebend ist, auf dem Friedenskongreß einer Revision unterzogen werden wird, die Frankreich von dem Vertrage befreien soll, ist zu schließen, daß auch die französische Regierung schon hinter den Kulissen ihre Maßnahmen ergreift. Man braucht unter diesen Umständen nicht an die Methode der Marokkopolitik Frankreichs speziell, sondern nur an den kolonialen Heißhunger Frankreichs, an „jene koloniale Gefräßigkeit, die kindliche Gefräßigkeit eines Volkes von schwacher Geburtszunahme, dessen Augen größer sind als sein Bauch“, wie Hervé noch 1915 sagte, zu denken, um ernste Befürchtungen für den Bestand der letzten Expansionssphäre Spaniens in Afrika und Übersee überhaupt zu hegen. Wenn je die Zukunft Spaniens in Marokko ungewiß war, so ist sie es gegenwärtig. Gewisse Entwicklungen der spanischen Marokkopolitik und ihrer Methoden in der jüngsten Zeit weisen darauf hin, daß der von außen kommende Druck nicht ohne Einfluß geblieben ist.

Mitte November erfolgte das Ableben General Jordanas, des bewährten Kommissars der spanischen Regierung in Marokko, und diese sah sich vor die Aufgabe gestellt, den Posten neu zu besetzen und damit wieder einmal die Frage zu lösen, ob einer Zivilperson, wie es Jonnard in Algerien oder einem Militär wie es Lyauté in der französischen Zone ist, ob weiter einem Vertreter der Versöhnungspolitik mit den Eingeborenen, wie es der Verstorbene war oder einem energischen Draufgänger wie General Sylvestre, dessen Einsetzung eine Petition von in der Zone ansässigen Spaniern forderte, die schwierige Stellung übertragen werden sollte. Nachdem das liberale Kabinett derer um Romanones durch die Rückwirkung des Sieges des Vielverbandes an das Ruder gekommen war, konnte es nicht mehr zweifelhaft sein, daß sich die spanische Marokkopolitik in Frankreich genehmen Bahnen bewegen würde.

Der Posten ist unbesetzt geblieben und ein Dekret der Regierung beschloß am 8. Dezember v. J. die Reorganisation des Verwaltungsapparates der Zone dahingehend, daß der Posten eines militärischen Oberkommissars beseitigt und stattdessen eine Zivilverwaltung eingeführt wird. Anstatt der von den Spaniern der Zone geforderten kraftvollen Politik, also die Beschränkung der militärischen Kompetenzen.

Unter diesen Umständen kann es nicht ganz überraschen, wenn die „Times“ ihren Lesern als Neujahrgruß die Nachricht auftischen konnte, Romanones habe in Paris wichtige Abmachungen mit Frankreich über Marokko getroffen, denen zu folge die spanische Zone unter französische Kontrolle und zwar unter den Befehl General Lyautéys gestellt werden soll und nur Ceuta sowie Melilla spanische Garnisonen bleiben. Wenn man auch gut tun wird, diese Nachricht mit großer Vorsicht aufzunehmen, so muß sie doch als bezeichnend für die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung dienen.

Sollte sie sich bewahrheiten, so sind die Tage der spanischen Herrschaft in Nordafrika gezählt, zumal der Übernahme der militärischen Gewalt bald auch die Aufrichtung der wirtschaftlichen Herrschaft folgen dürfte.

Daß Frankreich einen für die Gestaltung der Verhältnisse am Mittelmeer so wichtigen Schritt nicht ohne Englands Einwilligung unternehmen darf, ist verständlich. Da die Besprechungen des spanischen Ministerpräsidenten in Paris mit Clemenceau sich auch auf Gibraltar bezogen haben sollen, liegt die Vermutung nahe, daß tatsächlich diese Macht wie früher

auch weiterhin Hand in Hand mit Frankreich zu arbeiten gedenkt. Sollten sich die Pläne, die der englische Kolonialpolitiker Johnston in letzter Zeit wiederholt bezüglich der Rückgabe Gibraltars gegen Ceuta, das angeblich noch besser als der Felsen für die Beherrschung des Einganges zum Mittelmeer dienen kann, entwickelt hat und die auch von anderer Seite aufgenommen worden sind, verwirklichen?

Wie dem auch sei, der Besitz Spaniens in Marokko ist der Gnade und Ungnade Frankreichs und Englands ausgeliefert und allem Anschein nach wird es nicht einmal Gelegenheit haben, auf der Friedenskonferenz seine Wünsche zu äußern.

Daß jegliche Beschränkung der spanischen Rechte auf Marokko in Spanien selber auf den Widerstand der öffentlichen Meinung stoßen wird, muß angenommen werden, wenn man

bedenkt, daß selbst die republikanische Partei noch Ende November die Notwendigkeit des Festhaltens an dem Besitze anerkannt hat, daß Romanones selbst noch in Paris geäußert hat, Frankreich sei falsch orientiert, wenn es glaube, Spanien hänge nicht an Marokko.

Was Deutschland anbetrifft, so würde schon eine „friedliche Durchdringung“ Spanisch-Marokkos durch Frankreich das Grab nicht unbedeutender wirtschaftlicher Hoffnungen bedeuten.

Immer enger wird der Kreis der Gebiete Übersee, wo sich der deutschen Wirtschaft noch Gelegenheit bietet, wieder festen Fuß zu fassen. Stein auf Stein bröckelt aus dem mächtigen Gebäude, in dem Deutschland in freiem Wettbewerb mit allen Völkern seiner Arbeit ungestört nachzugehen gedachte.

Dr. B. Stichel

Deutschland

Die Industrie im Dezember 1918: Demobilisierung und Übergangswirtschaft

Arbeitsmarkt

Beim Abbau der Heeresverwaltung werden Metalle, Leder, Holz und Wolle zur Verwendung frei. In diesen Industrien könnten laut „Tag“ Nr. 291 v. 14. 12. 18 etwa 2½ Mill. Arbeitskräfte Beschäftigung finden, wenn Staat und Gemeinde alle rückständigen Aufträge vergeben. Demgegenüber werden in der Rüstungsindustrie schätzungsweise 3 Mill. arbeitslos. Durch die Waffenstillstandsbedingungen sind aber etwa 2 Mill. Kriegsgefangene frei geworden, davon waren allein 837 000 Mann in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben tätig. Ferner ist das Ausscheiden von mindestens 360 000 fremden Arbeitern aus unseren Kriegsbetrieben in Rechnung zu stellen.

Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit öffentliche Arbeiten im Werte von etwa 4 Milliarden $\mathcal{M}$ in Auftrag gegeben. An Fahrzeugen und Lokomotiven ist neben dem laufenden Bauauftrag dieses Jahres der volle Bedarf für 1919 insgesamt für etwa 1½ Milliarden $\mathcal{M}$, an sonstigem Material und Geräten für etwa ½ Milliarde $\mathcal{M}$, für Bauarbeiten 1½ Milliarden $\mathcal{M}$ in Bestellung gegeben worden („Deutsche Gummiztg.“ Nr. 11 v. 13. 12. 18). Ausgestaltung des Bahnnetzes, Bahnunterhaltungsarbeiten, Ergänzung und Erneuerung des Wagen- und Lokomotivparks sowie der Sicherungsanlagen sind durchzuführen. In der „R. W. Z.“ Nr. 1001 v. 9. 12. 18 wird von zuständiger Stelle gefordert, daß auf den Hauptstrecken der Güterverkehr vom Personenverkehr durch Bau von dritten und vierten Geleisen getrennt wird.

Schwerindustrie

Bei dem Kruppschen Riesenunternehmen äußern sich die Folgen der einseitigen Ausgestaltung unserer kriegsmäßigen Produktion aufs schärfste. Dies bereitet bei der Rückkehr zur Friedensproduktion besondere Schwierigkeiten. Vor allem waren die großen im Interesse der Landesverteidigung geschaffenen Neuanlagen von vornherein für einen Zweck bestimmt, dem sie nicht dauernd gewidmet bleiben konnten. Vor dem Kriege bestand ein großer Teil der Kruppschen Produktion in Friedensartikeln, namentlich Qualitätserzeugnissen für das Ausland. Die Wiederanknüpfung der im Kriege verloren gegangenen Beziehungen dieser Art wird nicht leicht sein. Die Gesellschaft hat den Plan erwogen, einen Teil der durch den Fortfall der Munitionserzeugung freigewordenen Anlagen für die Herstellung von Textilerzeugnissen nutzbar zu machen. Sie hat ein Preisausschreiben erlassen, um Vorschläge für die Aufnahme neuer Betriebszweige zu erhalten.

Im Kriege war die Zahl der Kruppschen Arbeiter und Angestellten auf 114 000, das Doppelte der Friedensziffer, ge-

stiegen. Das Direktorium erklärte, daß nunmehr höchstens noch 10–12 000 Arbeiter beschäftigt werden könnten („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 635 v. 14. 12. 18). Ferner daß das Kapital des Unternehmens durch die tägliche Auszahlung von 2 Mill. $\mathcal{M}$. Löhnen, wie sie jetzt stattfindet, allmählich aufgezehrt werde. Die Gesellschaft verteilt diesmal keine Dividende. Die Abschreibungssumme (im Vorjahr 83½ Mill. $\mathcal{M}$.) wird im diesjährigen Abschluß zum erstenmal nicht bekanntgegeben. Man darf wohl annehmen, daß sie in Anbetracht der Zeitumstände höher ist als bisher. Der Reingewinn beträgt für 1917/18 49 Mill. $\mathcal{M}$ gegen 409 Mill. $\mathcal{M}$ im Vorjahre, der Betriebsüberschuß 1917/18 45,2 Mill. $\mathcal{M}$ gegen 89 Mill. $\mathcal{M}$ im Vorjahre.

Auch die Rheinische Metallwaren und Maschinenfabrik, Düsseldorf vermag sich nicht so schnell umzustellen, um auch nur annähernd die bisherige Zahl ihrer Arbeiter (30 000) beschäftigen zu können. Im günstigsten Falle kann sie nach Erklärung der Direktion etwa 7000 Arbeiter behalten. Besondere Schwierigkeiten bestehen hinsichtlich der beschäftigten Frauen, deren Zahl sich auf etwa 11 000 beläuft („Frankf. Ztg.“ Nr. 350 v. 18. Dez. 18).

Allen Arbeitern und Angestellten, die erst seit Kriegsbeginn bei der Firma Thyssen gearbeitet haben, sowie allen, die von Mülheim weiter als 15 km entfernt wohnen, ist gekündigt worden. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 1619 v. 5. 12. 18).

Chemische Industrie

Die Plötzlichkeit des Eintritts des Waffenstillstands, der Umfang der Beteiligung an der Kriegsproduktion und die ungeheure Ausdehnung der Werksanlagen bringen für die Umstellung große Schwierigkeiten. Die Verdienstmöglichkeiten sind in der nächsten Zeit stark zurückgedrängt, wenn nicht unmöglich gemacht. Vor allem nehmen die Werke die Herstellung von Teerfarben wieder auf, außerdem in verstärktem Maße von pharmazeutischen Produkten. Bedarf hierfür ist vorhanden, da die Vorräte in Deutschland und im Ausland stark gelichtet sind. Über die Bedarfsbefriedigung hinaus gibt es Lager anzusammeln. Da die chemische Industrie im Frieden 70–75 % der Gesamtproduktion ausführt, so ist die Wiedereroberung des Auslandsabsatzes die wichtigste Frage. Nach der „Frankf. Ztg.“ Nr. 339 v. 7. 12. 1918 wird man sich für die nächste Zeit auf einen Ausfall in der Ausfuhr gefaßt machen müssen, der in Fachkreisen auf bis 40 v. H. geschätzt wird. Schwere Sorgen bereitet auch hier die Beschäftigung der im Kriege stark vermehrten Arbeiterschaft. Die Neuanlagen für Kriegszwecke sind vorerst ganz unproduktiv.

auch weiterhin Hand in Hand mit Frankreich zu arbeiten gedenkt. Sollten sich die Pläne, die der englische Kolonialpolitiker Johnston in letzter Zeit wiederholt bezüglich der Rückgabe Gibraltars gegen Ceuta, das angeblich noch besser als der Felsen für die Beherrschung des Einganges zum Mittelmeer dienen kann, entwickelt hat und die auch von anderer Seite aufgenommen worden sind, verwirklichen?

Wie dem auch sei, der Besitz Spaniens in Marokko ist der Gnade und Ungnade Frankreichs und Englands ausgeliefert und allem Anschein nach wird es nicht einmal Gelegenheit haben, auf der Friedenskonferenz seine Wünsche zu äußern.

Daß jegliche Beschränkung der spanischen Rechte auf Marokko in Spanien selber auf den Widerstand der öffentlichen Meinung stoßen wird, muß angenommen werden, wenn man

bedenkt, daß selbst die republikanische Partei noch Ende November die Notwendigkeit des Festhaltens an dem Besitze anerkannt hat, daß Romanones selbst noch in Paris geäußert hat, Frankreich sei falsch orientiert, wenn es glaube, Spanien hänge nicht an Marokko.

Was Deutschland anbetrifft, so würde schon eine „friedliche Durchdringung“ Spanisch-Marokkos durch Frankreich das Grab nicht unbedeutender wirtschaftlicher Hoffnungen bedeuten.

Immer enger wird der Kreis der Gebiete Übersee, wo sich der deutschen Wirtschaft noch Gelegenheit bietet, wieder festen Fuß zu fassen. Stein auf Stein bröckelt aus dem mächtigen Gebäude, in dem Deutschland in freiem Wettbewerb mit allen Völkern seiner Arbeit ungestört nachzugehen gedachte.

Dr. B. Stichel

Deutschland

Die Industrie im Dezember 1918: Demobilisierung und Übergangswirtschaft

Arbeitsmarkt

Beim Abbau der Heeresverwaltung werden Metalle, Leder, Holz und Wolle zur Verwendung frei. In diesen Industrien könnten laut „Tag“ Nr. 291 v. 14. 12. 18 etwa 2 1/2 Mill. Arbeitskräfte Beschäftigung finden, wenn Staat und Gemeinde alle rückständigen Aufträge vergeben. Demgegenüber werden in der Rüstungsindustrie schätzungsweise 3 Mill. arbeitslos. Durch die Waffenstillstandsbedingungen sind aber etwa 2 Mill. Kriegsgefangene frei geworden, davon waren allein 837 000 Mann in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben tätig. Ferner ist das Ausscheiden von mindestens 360 000 fremden Arbeitern aus unseren Kriegsbetrieben in Rechnung zu stellen.

Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit öffentliche Arbeiten im Werte von etwa 4 Milliarden M. in Auftrag gegeben. An Fahrzeugen und Lokomotiven ist neben dem laufenden Bauauftrag dieses Jahres der volle Bedarf für 1919 insgesamt für etwa 1 1/2 Milliarden M., an sonstigem Material und Geräten für etwa 1/2 Milliarde M., für Bauarbeiten 1 1/2 Milliarden M. in Bestellung gegeben worden („Deutsche Gummiztg.“ Nr. 11 v. 13. 12. 18). Ausgestaltung des Bahnnetzes, Bahnunterhaltungsarbeiten, Ergänzung und Erneuerung des Wagen- und Lokomotivparks sowie der Sicherungsanlagen sind durchzuführen. In der „R. W. Z.“ Nr. 1001 v. 9. 12. 18 wird von zuständiger Stelle gefordert, daß auf den Hauptstrecken der Güterverkehr vom Personenverkehr durch Bau von dritten und vierten Geleisen getrennt wird.

Schwerindustrie

Bei dem Kruppschen Riesenunternehmen äußern sich die Folgen der einseitigen Ausgestaltung unserer kriegsmäßigen Produktion aufs schärfste. Dies bereitet bei der Rückkehr zur Friedensproduktion besondere Schwierigkeiten. Vor allem waren die großen im Interesse der Landesverteidigung geschaffenen Neuanlagen von vornherein für einen Zweck bestimmt, dem sie nicht dauernd gewidmet bleiben konnten. Vor dem Kriege bestand ein großer Teil der Kruppschen Produktion in Friedensartikeln, namentlich Qualitätserzeugnissen für das Ausland. Die Wiederanknüpfung der im Kriege verloren gegangenen Beziehungen dieser Art wird nicht leicht sein. Die Gesellschaft hat den Plan erwogen, einen Teil der durch den Fortfall der Munitionserzeugung freigewordenen Anlagen für die Herstellung von Textilerzeugnissen nutzbar zu machen. Sie hat ein Preisausschreiben erlassen, um Vorschläge für die Aufnahme neuer Betriebszweige zu erhalten.

Im Kriege war die Zahl der Kruppschen Arbeiter und Angestellten auf 114 000, das Doppelte der Friedensziffer, ge-

stiegen. Das Direktorium erklärte, daß nunmehr höchstens noch 10–12 000 Arbeiter beschäftigt werden könnten („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 635 v. 14. 12. 18). Ferner daß das Kapital des Unternehmens durch die tägliche Auszahlung von 2 Mill. M. Löhnen, wie sie jetzt stattfindet, allmählich aufgezehrt werde. Die Gesellschaft verteilt diesmal keine Dividende. Die Abschreibungssumme (im Vorjahr 83 1/2 Mill. M.) wird im diesjährigen Abschluß zum erstenmal nicht bekanntgegeben. Man darf wohl annehmen, daß sie in Anbetracht der Zeitumstände höher ist als bisher. Der Reingewinn beträgt für 1917/18 49 Mill. M. gegen 409 Mill. M. im Vorjahre, der Betriebsüberschuß 1917/18 452 Mill. M. gegen 89 Mill. M. im Vorjahre.

Auch die Rheinische Metallwaren und Maschinenfabrik, Düsseldorf vermag sich nicht so schnell umzustellen, um auch nur annähernd die bisherige Zahl ihrer Arbeiter (30 006) beschäftigen zu können. Im günstigsten Falle kann sie nach Erklärung der Direktion etwa 7000 Arbeiter behalten. Besondere Schwierigkeiten bestehen hinsichtlich der beschäftigten Frauen, deren Zahl sich auf etwa 11 000 beläuft („Frankf. Ztg.“ Nr. 350 v. 18. Dez. 18).

Allen Arbeitern und Angestellten, die erst seit Kriegsbeginn bei der Firma Thyssen gearbeitet haben, sowie allen, die von Mülheim weiter als 15 km entfernt wohnen, ist gekündigt worden. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 1619 v. 5. 12. 18.)

Chemische Industrie

Die Plötzlichkeit des Eintritts des Waffenstillstands, der Umfang der Beteiligung an der Kriegsproduktion und die ungeheure Ausdehnung der Werksanlagen bringen für die Umstellung große Schwierigkeiten. Die Verdienstmöglichkeiten sind in der nächsten Zeit stark zurückgedrängt, wenn nicht unmöglich gemacht. Vor allem nehmen die Werke die Herstellung von Teerfarben wieder auf, außerdem in verstärktem Maße von pharmazeutischen Produkten. Bedarf hierfür ist vorhanden, da die Vorräte in Deutschland und im Ausland stark gelichtet sind. Über die Bedarfsbefriedigung hinaus gibt es, Lager anzusammeln. Da die chemische Industrie im Frieden 70–75 % der Gesamtproduktion ausführte, so ist die Wiedereroberung des Auslandsabsatzes die wichtigste Frage. Nach der „Frankf. Ztg.“ Nr. 339 v. 7. 12. 1918 wird man sich für die nächste Zeit auf einen Ausfall in der Ausfuhr gefaßt machen müssen, der in Fachkreisen auf bis 40 v. H. geschätzt wird. Schwere Sorgen bereitet auch hier die Beschäftigung der im Kriege stark vermehrten Arbeiterschaft. Die Neuanlagen für Kriegszwecke sind vorerst ganz unproduktiv.

Gummi. Mit dem 1. Dezember 1918 ist die Beschlagnahme von Fahrradreifen und Billardbände aufgehoben worden. Die Reifenbestände sind aber sehr gering, so daß die Freigabe keine erhebliche Veränderung des gegenwärtigen Zustandes zur Folge haben wird. Bei den Fabriken hat eine große Nachfrage nach Reifen eingesetzt. Um eine möglichst gleichmäßige Verteilung durchzuführen, soll jeder Händler nur 20 Reifen bekommen, und die Händler dürfen auch nur von je einer Fabrik beliefert werden. Die Händler haben diejenigen Abnehmer zu bevorzugen, die schon bisher eine Erlaubnis zur Gummireifenbenutzung besessen haben, so daß also für das große Publikum nur sehr wenig Material erreichbar ist. Auf Autoreifen bezieht sich die neue Verordnung nicht. („Gummiztg.“ Nr. 11 v. 13. 12. 18.)

Die Herstellungsverbote für Gummiwaren bleiben nur für einen geringen Teil der Fabrikate in Kraft. Im übrigen sind sie aufgehoben, ebenso die Fabrikationskontrolle und Beschränkungen in der Verarbeitung der Rohstoffe. Die Beschlagnahme der Rohmaterialien bleibt bestehen, die Rohstoffzuteilung erfolgt aber weiterhin als Gesamtzuteilung, nicht auf Grund von einzelnen Freigabeanträgen. Auch die stillgelegten Fabriken werden wieder beliefert. („Gummiztg.“ Nr. 12 v. 20. 12. 18.)

Textilindustrie

Der Chef der Kriegsrohstoffabteilung, Major Wolffhügel, hat mitgeteilt, daß die gegenwärtig vorhandene Menge an Textilrohstoffen ungefähr den 5. bis 6. Teil der im Frieden in gleicher Zeitspanne verarbeiteten Rohstoffmenge entspricht. Hieraus darf nicht gefolgert werden, daß nur etwa $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{6}$ des Friedensbedarfes der heimischen Bevölkerung an fertigen Textilerzeugnissen hergestellt werden kann. Denn die deutsche Textilindustrie hat im Frieden nicht nur für das Inland, sondern auch stark für den Export gearbeitet. Außer dem können die Textilstoffe durch Ersatzstoffe gestreckt werden. („B. T.“ Nr. 616 v. 2. 12. 18.)

Die Reichsbekleidungsstelle setzt den Abbau der Bezugsscheinliste fort. Eine ganze Reihe von Webwaren, besonders Strümpfe, sind auf die Freiliste gesetzt worden. Getragene Uniformen dürfen von jetzt ab von Privaten, namentlich auch vom Altkleiderhandel aufgekauft werden. Die Beschlagnahme von Gastwirtswäsche wurde aufgehoben. § 7 der Wehrordnung, der nur Lieferungen an solche Abnehmer gestattet, mit denen bereits vor dem 1. Mai 1916 dauernde Geschäftsverbindung bestanden hat, ist außer Kraft gesetzt worden. Es ist also jetzt wieder möglich, einen neuen Handel mit Web-, Wirk- und Strickwaren zu beginnen.

Die Reichswirtschaftsstelle hat die beschlagnahmten Seidenvorräte, insgesamt 415 000 kg. freigeben. Sie werden so verteilt, daß bei verkürzter Arbeitszeit die Betriebe 3 Monate lang Beschäftigung haben. In den Färbereien, Wirkereien usw. wird die Arbeit gleichfalls wieder aufgenommen. („Zeitschr. d. Ver. deutscher Ingenieure“, Nr. 49)

Für alle Strickgarne, die am 31. Dezember 1915 in offenen Läden erhältlich waren, und für Kunstwollgarn ist die Beschlagnahme aufgehoben worden.

Die Kriegsrohstoffabteilung gibt Garne zur Anfertigung von Leinengeweben für den bürgerlichen Bedarf frei, besonders solche für Leib- und Bettwäsche, Arbeiterkleidung, Schürzenstoffe und Segelstoffe. Zur Streckung ist das Einstuhlsystem vorgeschrieben.

In schwieriger Lage sind die Leinenwebereien, die große Aufträge in Papiergeweben für den freien Handel übernommen haben. Die Kundschaft, die jetzt Belieferung in Fasergeweben in Aussicht sieht, sucht sich von der Abnahme

freizumachen. Der Weber aber ist dem Spinner zur Abnahme des Papiergarnes verpflichtet. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 632 v. 12. 12. 18.)

In besonders schwieriger Lage ist die Wuppertaler Textilindustrie, die in der Hauptsache auf Luxuswaren eingestellt ist und der man daher nur ganz kärgliche Mengen der Rohstoffe zuweist. Am günstigsten sind Seidenstoffwebereien und Strangfärbereien daran. Die Baumwolldruckerei ist vollkommen ohne Rohmaterial. Die Arbeiter verrichten Verlegenheitsarbeiten. Die Beschäftigung mit Papier macht höchstens 4 v. H. aus. 95 v. H. der Breitwebereien liegen noch immer still. In der Industrie der Gurte- und Wäschebänder arbeiten gegenwärtig etwa 15 v. H. der Gesamtstuhlzahl, davon 5 v. H. mit Baumwolle und 10 v. H. mit Papier. In der Riemendreherei ist mit Hilfe von Seide und Kunstseide bestenfalls eine Beschäftigung von einmonatlicher Dauer möglich. In der Lohnriemendreherei liegen 60 v. H. der Betriebe still, die übrigen beschäftigen ungefähr 10 v. H. ihrer normalen Arbeiterschaft. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 640 v. 17. 12. 18.)

In Besprechungen zwischen dem Reichswirtschaftsamt und dem Kommissar für die Ausfuhrbewilligungen ist angeblich beschlossen worden, die Ausfuhr für gewisse Textilerzeugnisse zu erleichtern. Danach bleibt die Kontrolle der Ausfuhr bestehen, doch soll für eine Reihe von Artikeln kein Antrag auf Ausfuhr abgelehnt werden. (Strickwaren und Posamenten, seidene Wirkwaren, seidene Strümpfe sowie sämtliche Seidenwaren mit Ausnahme der seidenen Gewebe, ferner hochwertige Baumwollwaren, insbesondere feine baumwollene Strümpfe.) („Der Welthandel“ Nr. 49 v. 6. 12. 18.)

Preisbewegung

Die Revolution und die Schwierigkeiten der Übergangszeit haben zu einer Steigerung der Selbstkosten geführt, die eine Preiserhöhung auf der ganzen Linie zur Folge hatte. Die Notwendigkeit, neue Arbeiter einzustellen, ohne auf der anderen Seite Aufträge hereinzubekommen, die Verkürzung der Arbeitszeit bei geringerer Arbeitsleistung, die zum Teil maßlosen Lohnforderungen, die Verkehrsschwierigkeiten und im Zusammenhang damit die noch schlechtere Versorgung mit Rohstoffen, das sind die wichtigsten Gründe, zu denen im einzelnen Falle noch manche andere treten. Deutlich ist zu erkennen, daß den größeren Einkommen der Arbeiter und Angestellten letzten Endes nur eine weitere Vertenerung der Lebenshaltung folgt. Es ist die Schraube ohne Ende. Die Preiserhöhungen des letzten Monats stellen allem Anschein nach noch nicht Abschließendes dar. Sie berücksichtigen vor allem die kommenden Steuern noch keineswegs.

Die Preisbewegung vollzog sich vornehmlich auf folgenden Warengebieten:

I. Kohle. Das rheinisch-westfälische Kohlen-syndikat erhöhte ab 1. 1. 19 den Preis für Kohlen und Briketts um 14 45 M. p. t. Koks um 21 70 M. (einschl. Kohlen- und Umsatzsteuer) Geringwertigere Erzeugnisse wie Kohlen-grus, Schlammkohle usw. wurden um 5 M. heraufgesetzt. Die Bedeutung dieser Preissteigerung erhellt aus folgender Tabelle. Es betragen die Preise (p. t) für:

	am	Kohle	Koks	Briketts
1. 4. 1915.....	12.00	-17 75	8 50	19 00 11 00-13 75
1. 10. 1917.....	21.40	-27 40	20 10-31 60	22 75 25 50
1. 1. 1919.....	35.85	-41 85	41 80-73 30	37.20 -39.95

Das bedeutet für die Preise vom 1. 1. 1919 eine Steigerung von ca. 280 v. H. für Kohlen, ca. 450 v. H. für Koks und ca. 300 v. H. für Briketts im Vergleich zu den Preisen vom 1. 4. 1915. Diese neuen Richtpreise sollen Ende Februar einer Nachprüfung unterzogen werden.

Am 11. 12. 18 wurde Einschränkung der Kokserzeugung um 50 v. H. beschlossen. Gründe dafür sind die Abschneidung der südwestdeutschen Werkgruppen vom Koksbezug, die Verwendung von Kohlsorten zu anderen Zwecken gemäß behördlicher Anordnung, Außerbetriebsetzung von Kokereien usw. („Frkf. Ztg.“ Nr. 350 v. 18. 12. 18.)

Für das oberschlesische Revier ist eine Erhöhung der Preise um 14 50 M. p. t. erfolgt.

II. Braunkohle. Briquet- und Preßsteinpreise im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet sind um 10.70 M. auf 33.70 M. p. t. erhöht worden, die Kohlenpreise um 3.30 auf 14.20 M. für Siebkohle, 13 M. für Förderkohle.

Das rheinische Braunkohlenbrikettsyndikat hat mit Wirkung vom 1. 1. 19 die Preise um 2.50 auf 24.50 M. die Tonne gesteigert. Als Grund gibt das Syndikat u. a. starke geldliche Ausfälle infolge der Einstellung der Lieferungen ins neutrale Ausland an, ein Umstand, der auch für die Preiserhöhung für Steinkohle stark in die Wagschale fiel.

III. Eisen. Der Stahlwerksverband hat die Preise für Halbzeug zunächst um 97.50 M., die Formeisenpreise um 100 M. in die Höhe gesetzt. Im ganzen mußte eine Erhöhung aller Preise um 100–125 v. H. eintreten. So ist man allmählich zu Preisen gelangt, die über alles hinausgehen, was man früher auch nur im entfernten für möglich gehalten hätte. Nach Aufhebung der Zensur kann ein Bild der Preisentwicklung während des Krieges gegeben werden:

	Roßblöcke	Knüppel	Platinen	Formeisen
2. Quartal 1914....	82.50	95 —	97.50	110. —
3. „ „ „ „	82.50	95 —	97.50	110. —
4. „ „ „ „	90 —	102.50	105. —	110. —
1. „ 1915....	90 —	102.50	105. —	120. —
2. „ „ „ „	92.50	110. —	112.50	120. —
3. „ „ „ „	102.50	115 —	117.50	130. —
4. „ „ „ „	102.50	115. —	117.50	130. —
1. „ 1916 ...	102.50	115 —	117.50	130. —
2. „ „ „ „	107.50	122.50	127.50	140. —
3. „ „ „ „	127.50	142.50	147.50	160. —
2. „ 1917....	127.50	142.50	147.50	160. —
2. „ 1918....	187.50	202.50	207.50	220. —
1. „ 1919....	285. —	300 —	305. —	320. —

Der Eisenhändlerverband in Düsseldorf hat den Aufschlag auf Werkpreise, der kürzlich mit 80 M. festgesetzt worden war, auf 100 M. erhöht. Somit betragen die Lagerpreise im rheinisch-westfälischen Bezirk für Stabeisen 445 M., Bandeisen 475 M., Feinbleche 575 M., Grobbleche (Thomasqualität) 485 M. („Rhein.-Westf. Ztg.“ Nr. 1061 v. 31. 12. 18.)

Der Walzdrahtverband hat die Preise um 100 M. p. t. erhöht („Köln. Ztg.“ Nr. 1165).

Bekanntlich hat die Kriegsmetall-A.G. im Kriege den metallverarbeitenden Industrien für Kriegszwecke Kriegsmetalle zu Vorzugspreisen überwiesen. Das Reichsdemobilisationsamt verordnet nun, daß die hiervon betroffenen Firmen den Unterschied zwischen Vorzugspreis und Grundpreis zugunsten des Reichsfiskus an die Kriegsmetall-A.G. abzuführen oder aber die erhaltenen Mengen zum ursprünglichen Zuweisungspreis zurückzugeben haben. Dieser Unterschied beträgt für 100 kg:

Kupfer	450 M. —	350 M. =	100 M.
Zinn	1000 „ —	700 „ =	300 „
Nickel	1500 „ —	1200 „ =	300 „
Zink	130 „ —	80 „ =	50 „
Aluminium ..	530 „ —	430 „ =	100 „
Blei	76 „ —	62 „ =	14 „

Lant „Rhein.-Westf. Ztg.“ Nr. 1061 v. 31. 12. 18. beschloß die Röhrenvereinigung eine Preiserhöhung von durchschnittlich 180 M. pro t. (Wirksam ab 1. 1. 19.)

IV. Zement. Für das erste 1/4 Jahr 1919 unverändert.

V. Textilwaren. Die Reichsbekleidungsstelle warnt vor übertriebenen Erwartungen eines Preisturzes auf dem Webwarenmarkt. Die von der Heeresverwaltung überwiesenen Rohstoffe und Fertigwaren sind mit ziemlich hohen Preisen bezahlt worden, da sie größtenteils aus Beschlagnahmen stammen. Dazu kommt auch hier die geschilderte Steigerung der Selbstkosten.

Vom 1. Januar an tritt auf Grund eines Beschlusses des Verbandes der deutschen Leinenweberien an Stelle der bisherigen Dutzendrechnung die Zehntrechnung. Die Zehntpackung erhält die Bezeichnung „Das Zehnt“ (Zehnt, in der Mehrzahl die Zehnt). Kleinere Packungen sollen nicht nach Bruchteilen des Zehnt, wie etwa 1/2 Zehnt oder 3/10 Zehnt bezeichnet werden, sondern stückweise. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 632 v. 12. 12. 18.)

VI. Buchdruck. Vom 1. 12. 18 an sind die Teuerungszuschläge des Preistarifs im Buchdruckergewerbe um weitere 150% erhöht. Sie belaufen sich so für Werke und Zeitschriften auf 120, Kataloge und Preislisten 140, Akzidenzen 160, Qualitätsarbeiten 180%.

(Fortsetzung in Heft 3.)

A. S.

Belgien

Maßnahmen zum Wiederaufbau der Industrie — Die Zukunft Antwerpens — Wirtschafts- und handelspolitische Aussichten — Regelung des Geldumlaufes

Schon vor der Rückkehr in das befreite Land hat die belgische Regierung im Bewußtsein ihrer Aufgaben betreffs des Wiederaufbaus von Handel und Industrie ihre Maßnahmen getroffen. Darunter ist besonders erwähnenswert die sofortige ausgiebige Bewilligung von Krediten an die von Brandschaden betroffenen Unternehmen, welchen so die Möglichkeit gegeben werden soll, mit dem Wiederaufbau zu beginnen, ohne die Leistung der Kriegsentschädigung, die noch durch ein Gesetz festgelegt werden muß, abwarten zu brauchen. Die Gewährung solcher provisorischer Kredite, die später mit der Kriegsentschädigung bezahlt werden sollen, ist bereits durch Gesetzbeschluß autorisiert worden. Die erwähnten Kredite werden aber nur denjenigen Unternehmen gewährt, deren Arbeit im Interesse der Gesamtheit liegt. Das betreffende Unternehmen muß belgischer Nationalität sein

und eine tatsächliche und unmittelbare Bedürftigkeit nachweisen können. Die Kredite werden nicht in barem Gelde gewährt, sondern in sogenannten „titres d'allocations provisionnelles“, welche übertragbar sind und spätestens nach 5 Jahren vom Staate eingelöst werden müssen.

Eine weitere Erleichterung wird dem Wiederaufbau von Handel und Industrie dadurch gewährt, daß der sofortigen Rückkehr aus England von Kaufleuten und Industriellen, deren Gegenwart für die Gesamtheit von Nutzen ist, kein Widerstand entgegengesetzt wird. Um bei der Verkündung neuer Gesetze für den Wiederaufbau immer das Richtige zu treffen, stellt die Regierung jedem Ministerialdepartement einen oder mehrere aus 3 Mitgliedern (Conseillers du gouvernement) bestehende Beiräte zur Seite.

Über die Stellung der belgischen Regierung zur Kriegs-

entschädigung läßt sich noch nichts bestimmtes sagen. Tatsächlich wird ja auch diese Frage auf dem allgemeinen Friedenskongreß und nicht von Belgien allein entschieden werden. Bekannt ist nur, daß Wilson in seiner Botschaft an den amerikanischen Kongreß gesagt hat, daß eine Entschädigung in Geld nicht genügt, und daß man Belgien in dem allgemeinen Kampf um Rohstoffe und Werkzeuge nicht sich selbst überlassen darf. Hieraus schließen die belgischen Industriellen, daß Deutschland seine Entschädigung nicht in Geld, sondern in Materialien zu leisten haben wird. Die Extremisten verlangen selbst in den besetzten Gebieten mit der Erzwingung solcher Lieferungen schon zu beginnen.

Die nächste große Frage ist die der Zukunft des Hafens von Antwerpen, der vor dem Kriege seit ungefähr 20 Jahren hauptsächlich den Durchfuhrverkehr aus dem deutschen Hinterlande vermittelte. Durch den Bruch mit Deutschland ist nun Antwerpens Zukunft sehr in Frage gestellt. Nach dem „Belge Indépendant“ vom 7. 12. 18 haben die Alliierten ihre Beihilfe für die Wiederaufnahme des dortigen Handelsverkehrs zugesagt. Als erstes Ergebnis in diesem Sinne ist die Tätigkeit der Cunard Linie aufzufassen. Diese beabsichtigt nämlich von Antwerpen aus einen neuen Transozeandienst einzurichten, wofür ihr die Anlagen des Norddeutschen Lloyd zur Verfügung gestellt werden sollen.

Was die belgische Handelspolitik anbetrifft, so kann sich diese nur auf den freien Handel gründen. Nichtsdestoweniger scheint — nach den Aussagen Delannoys in der Handelskammer von Brüssel — Belgien zum Handelskrieg gegen die Deutschen im Rahmen des Verhaltens der Alliierten entschlossen zu sein. Delannoy führte aus, es sei die Pflicht der alliierten Mächte, ihren Gegnern die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fabrikaten zu untersagen, die deutschen Schiffe und Transportmittel zu beaufsichtigen usw. bis normale Zustände wiederhergestellt sind.

Trotzdem Belgien ein ausgesprochenes Ausfuhrland ist, das $\frac{3}{4}$ seiner Fabrikate ins Ausland zu senden pflegt, war doch die Organisation seines Außenhandels bisher sehr mangelhaft. Die belgischen Kautleute waren nämlich tatsächlich fast vollständig von fremden Agenten und Kreditinstituten abhängig. Die Regierung könnte dem Handel durch eine vollkommene Reorganisation des Konsularwesens aufhelfen. Es müßten im Ausland belgische Nachrichtenstellen eingerichtet werden, welche von den zuständigen Konsuln auf dem laufenden erhalten werden. Um derartige Pläne zur Ausführung zu bringen, wurde in Frankreich eine Commission pour l'organisation du commerce belge d'exportation gegründet, die am 5. 11. 18 ihre erste Sitzung in St. Adresse abhielt, und u. a. über das Konsularwesen beriet. Von jetzt ab tagt die Gesellschaft in Brüssel.

Besonders mit Argentinien sucht Belgien schon jetzt seine Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen und auszubauen. Es besteht die Absicht, Deutschland in der Einfuhr nach Argentinien zu ersetzen und besonders die Ausfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln aus Argentinien nach Belgien zu fördern. Gegenwärtig ist allerdings die Gelegenheit für ein solches Unterfangen sehr günstig, da Deutschlands Hände gebunden sind. Ob sich Belgien aber später in seiner Position erhalten kann, bleibt dahingestellt.

Erwähnenswert sind noch die Bestrebungen der Regierung, die Mark aus dem Geldumlauf zu entfernen. Es werden fünfprozentige Schatzanweisungen zu Parikurs ausgegeben, die nach 3 Jahren wieder eingezogen werden. Für 100 Fr. in solchen Scheinen sind 75 M. zahlbar. Um zu verhindern, daß die Mark, die in Belgien mit 1,25 Fr. bezahlt wird, erneut ins Land kommt, verpflichtet ein königliches Dekret die Bankiers und Wechsler, Auskunft über ihre Kassenbestände zu geben und über alle Transaktionen Buch zu führen.

P. Massonet

Frankreich

Touristenwesen und Wiederaufbau des Verkehrswesens

Über die Nationalisierung und den Wiederaufbau des Hotelwesens in Frankreich berichten die „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ Nr. 161 folgendes:

„Im Lausanner Fremdenblatt, „Gazette des Etrangers“, vom 7. 9. 1918 wird nach dem französischen Hotelfachblatt „La France Hôtelière“ ein französischer Gesetzvorschlag zur Nationalisierung des französischen Hotelwesens wiedergegeben. Das vorgeschlagene Gesetz richtet sich offensichtlich nur gegen das Wiedereindringen deutschen Einflusses in das Hotelwesen. Die Leitung und der Besitz von Hotels ist zwar grundsätzlich nur Franzosen vorbehalten, doch sind zu Gunsten der Angehörigen alliierter oder neutraler Staaten Ausnahmen vorgesehen.“

Schon im Anfange des Krieges haben sich die französischen Hotelbesitzer Vereine, wie z. B. das Comité du Syndicat général de l'Industrie Hôtelière et des grands Hôtels de Paris, in Gemeinschaft mit dem Touring Club de France bemüht, das deutsche und österreichische Personal aus den großen Hotels zu entfernen. In einer am 10. 5. 1915 im „Temps“ veröffentlichten Zuschrift des Vorsitzenden des Touring Club, M. Ballif, wird über das Programm des Vereins für den Wiederaufbau des Hotelwesens berichtet. Dieses Programm fordert eine Reihe von Maßnahmen, mit deren Ausführung schon begonnen ist.

Der erste Punkt betrifft die Gründung von Fachschulen für das Hotelfach, als deren Vorbild

die Schule der Société suisse des Hôtelières in Lausanne hingestellt wird. Tatsächlich hat die Pariser Handelskammer eine Klasse für den Unterricht im Hotelwesen in der Ecole supérieure de Commerce eingerichtet. Weiter ist eine selbstständige Schule für das Hotelfach von dem Comité de défense des porteurs d'actions des sociétés hôtelières, das seit August 1916 mit der Association des Hôtelières français zusammenarbeitet, gegründet worden. Eine dritte Einrichtung dieser Art wurde am 1. 3. 1917 von der Société pour la Défense du Commerce et de l'Industrie de Marseille eröffnet, auch für den Unterricht im Hotelwesen auf See (auf Dampfern usw.) wird von einem Sonderausschuß des Touring Club eine Organisation ausgearbeitet.

Als zweites wird in dem Programm die Einstellung eines ganz neuen Personals unter besonderer Heranziehung weiblicher Kräfte gefordert. Dieser Forderung nachgehend ist in Paris eine Hotelfachschule für weibliche Schülerinnen errichtet worden.

Die dritte von M. Ballif gestellte Forderung betrifft den Zusammenschluß aller Hotelbesitzer-Vereine, um ein geschlossenes Vorgehen zu ermöglichen. Dieser Zusammenschluß wurde auch bald durch einen Aufruf von M. Borrel (Abgeordneter von Savoyen und Vorsitzender der Touristengruppe der Union nationale des syndicats hôteliers de France) erreicht. In dem erwähnten Aufruf heißt es, daß nur eine Vereinigung der verschiedenen Gruppen eine Durch-

führung der gemeinsamen Forderungen und den Erwerb einer neuen Kundschaft zum Schaden der deutschen Seebäder, Kur- und Badeorte ermöglichen kann. So konstituierte sich dann im Mai 1917 die aus 88 Vereinen bestehende *Chambre Nationale de l'Hôtellerie française*.

Viertens wird die Gewährung von Krediten an die Hotelbesitzer aus einer Zentralkasse gefordert. Im November 1917 wurde die Gründung einer solchen zentralen Hotelbesitzer- und Touristenkasse in der Art der wechselseitigen Kredite in der Landwirtschaft von M. Dumont in der Handelskammer von Grenoble vorgeschlagen. Auch dem Abgeordnetenhaus hat M. Dumont einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag vorgelegt. Über die Ausführung dieser Pläne schreibt das Finanzblatt der „*Information*“ am 30. 7. 1918: „Nach dem Bericht des Direktors des Office National de Tourisme für das Jahr 1917, ist die Gründung eines Kreditinstituts geplant, das den Hotelwirten die Verbesserung der bestehenden Hotels und den Bau neuer Hotels erleichtern soll. Die Vereinigung der Provinzbanken will das Unternehmen finanziell unterstützen. Das Grundkapital soll 20 Mill. Fr. betragen und durch die Transportgesellschaften und gewisse andere Verbände aufgebracht werden. Außerdem sollen unter besonderen Garantien für etwa 40 Mill. Fr. Schuldverschreibungen ausgegeben werden. Ortsverbände sollen das Kreditinstitut über die Vertrauenswürdigkeit der Darlehnsnehmer unterrichten und für deren Sicherheitsleistung sorgen.“

Auch die französischen Eisenbahngesellschaften haben sich für die Ausbildung des Touristenwesens interessiert, indem sie eine Liste deutscher und französischer Stationen und ihrer Bedeutung als Kurorte veröffentlicht haben. Weiter wurde im Auftrage des Office National eine Broschüre über das französische Hotelwesen herausgegeben. In dieser Schrift wird ausgeführt, daß die Heranziehung fremder Touristen nach Frankreich be-

sonders zum Besuche der Schlachtfelder; mehr Gold ins Land bringe, als irgend eine Kriegsentschädigung.

Endlich hat der französische Präsident folgendes durch einen Erlaß im „*Journal officiel*“ vom 7. 6. 1917 angeordnet: „Im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Post- und Telegraphenwesen soll ein nationales Touristenamt eingerichtet werden. Dieses bezweckt:

1. Sammlung sämtlicher das Touristenwesen in allen seinen Formen betreffenden Auskünfte, die zur Verfügung des Publikums stehen sollen.

2. Das Studium aller zur Förderung des Touristenwesens geeigneten Mittel, die Anregung und nötigenfalls das eigene Ergreifen von Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthalts- und Reisebedingungen der Touristen.

Das nationale Touristenamt untersteht dem Zivilrecht und ist finanziell unabhängig. Ein öffentliches Verwaltungsreglement soll die Maßnahmen zur Ausführung der vorstehenden Anordnungen und vor allem die Tätigkeit des nationalen Touristenamtes bestimmen.

Artikel 2: Das nationale Touristenamt unter Aufsicht des Ministers für öffentliche Arbeiten wird von einem Verwaltungsrat geleitet, der aus dem Vizepräsidenten des Conseil supérieur du Tourisme und 17 Mitgliedern besteht, von denen 7 von Amts wegen Mitglieder sind, einer vom Finanzminister ernannt wird und 9 vom Minister für öffentliche Arbeiten unter den Mitgliedern des Conseil supérieur du Tourisme ausgewählt werden.

Dem nationalen Touristenamt ist ein Conseil supérieur du Tourisme von 84 Mitgliedern beigeordnet. 69 sind durch Verfügung des Ministers ernannt. Hiervon sind: 12 Mitglieder von Sportvereinen, 3 Mitglieder von Handelskammern, 6 von Eisenbahnverwaltungen, 3 aus Schifffahrtskreisen, 6 aus dem Hotelgewerbe, 1 aus dem Wassersport, 1 aus der Luftschifffahrt. Den Vorsitz hat der Minister“.

P. Massonet

Niederländisch-Indien

Die jüngsten Erzfinde auf Celebes

Ungeheure Werte sind im Weltkrieg unwiederbringlich verloren gegangen. Die Welt von heute ist um so viel ärmer als zuvor. Mit um so größerer Aufmerksamkeit muß allen Quellen, aus denen neuer Reichtum fließen kann, nachgegangen, müssen insbesondere auch die Bodenschätze der Kolonien schärfer auf ihren wirtschaftlichen Wert hin geprüft werden. Die reichen Eisen-, Nickel- und Chromerzvorkommen, die auf Celebes im Flußgebiet des Malili und in dem nach dem Nestor des geologischen Landesdienstes von Niederländisch-Indien, Dr. Verbeek, benannten Verbeekgebirge in der Mitte der Insel gefunden wurden, eröffnen für Hollands ostindische Kolonien ganz neue, kaum geahnte Möglichkeiten industrieller Entwicklung. Bald mag man neben den bemerkenswerten Agrarindustrien Niederländisch-Indiens, seinen Zucker-, Tabak-, Öl-, Chinin- und sonstigen Fabriken, auch Stahl- und Eisengießereien, Maschinenfabriken und Schiffswerften erstehen sehen. In wachsendem Maße wird dann sein Bedarf an mechanischen Hilfsmitteln der Gütererzeugung an Ort und Stelle gedeckt, es wird mehr und mehr auch industriell von ausländischer Zufuhr unabhängig werden. Nicht zuletzt wird durch diese Entwicklung dem Problem der industriellen und militärischen Wehrbarmachung der Kolonien, das schon wiederholt in diesen Spalten behandelt wurde, eine unerwartete Förderung zuteil.

In den Jahren 1909 und 1910 führte der Bergbauingenieur E. C. Abendanon im Auftrage der holländisch-indischen Re-

gierung geologische und geographische Untersuchungen im Hochland des mittleren Celebes aus; jener Insel des Sunda-Archipels, die infolge ihrer merkwürdigen Gestalt die Phantasie der Geographen und Geologen seit etwa vier Jahrhunderten beschäftigt und zu den absurdesten Vermutungen über ihre Entstehung und ihren geologischen Aufbau Veranlassung geboten hat. Durch Abendanons Arbeiten, deren Ergebnis er in einem umfangreichen vierbändigen Werke (*Geologische en geographische doorkruisingen van Midden Celebes 1909/1910*) niedergelegt hat, das 1915/1918 bei E. J. Brill in Leiden erschienen ist, wird nun auch die Geologie von Celebes auf eine wissenschaftlich einwandfreie Grundlage gestellt.

Wir müssen es uns leider versagen, die faszinierende Erdgeschichte der Insel wiederzugeben und uns hier auf einige kurze Angaben über Entstehung, Art und Verwertungsmöglichkeiten der Erze von Celebes beschränken.

Um die Entstehung der von ihm entdeckten Erzvorkommen auch dem Laien anschaulich zu machen, vergleicht Abendanon die Erdrinde mit einer Rostkruste, welche das reine Metallgemenge des Erdkerns unserem Blicke entzieht. Diese Rostfläche denke man sich entstanden durch Oxydierung einer Anzahl von Metallen wie K, Na, Al, Ca, Mg und Fe und eines Nichtmetalles, Silicium. Die Erdrinde bestünde sonach aus einem Gemengel von Silikaten. Man stelle sich nun weiter vor, daß zwei große Gruppen von Mineralien den Aufbau des

Erdkörpers kennzeichnen, einmal die sogenannten sauren Mineralien mit einem Überwiegen von Siliciumoxyd in Verbindung mit Oxyden von zumeist leichten Metallen wie K, N und Al, und die sogenannten basischen Mineralien mit einem Siliciumoxyd — und um so größerem Zusatz von Oxyden schwerer Metalle wie Fe und Mg. Zur ersten Gruppe von Mineralien gehört z. B. der Granit mit einem spezifischen Gewicht von 2,59–2,73, zur zweiten Gruppe der Peridotit, der ein spezifisches Gewicht von etwa 3,25 aufweist und die auf Celebes festgestellten Erze beherbergt. Wird der Kern der Erde aus reinen Schwermetallen, dem sogenannten Nickeleisen- oder richtiger Chromnickeleisen Kern gebildet gedacht, so mag das Peridotitgestein als die innere Schicht der den Kern umschließenden Schale, das Granitgestein als deren äußere Schicht angesehen werden. Es würde nun zu weit führen, wollte man hier den Gründen nachgehen, die das Peridotitgestein, wie in Neukaledonien und an vielen anderen Stellen der Erde, so auch im Verbeekgebirge auf Celebes an die Erdoberfläche gelangen ließen. Jedenfalls erklärt sich der Gehalt der gefundenen Gesteine an Chrom, Nickel und Eisen eben mit ihrer ursprünglichen Lage im inneren Teil der den Metallkern der Erde umschließenden Schale. Diese Lage brachte es mit sich, daß im Verhältnis zum metallischen Kern geringfügige Teile der flüssig gedachten Metallsubstanz von der darüber liegenden Schlackenschicht, die oben als Peridotit bezeichnet ist, aufgenommen wurden, ohne sich im übrigen auch der folgenden Schicht der Granitgesteine mitzuteilen. Der dadurch dem Peridotit vermittelte Gehalt an Chrom, Nickel und Eisen genügt, um die industrielle Verwertung der Erze von Celebes, nachdem sie mit Teilen der Peridotitschicht an die Erdoberfläche gelangt und durch Erosion und Ablagerung in Form von Erzschlamm leicht zugänglich geworden sind, lohnend zu machen.

Über die Vorkommen von Nickel sind nun diesen Ausführungen noch ein paar Worte anzufügen. Durch die Art, wie Chrom und Nickel in die Peridotitmasse aufgenommen wurden, unterscheiden sich die beiden Erzvorkommen nicht unwesentlich. Das Chrom hat sich zumeist in oxydierter Form und ohne sich aufzulösen in dem Peridotitgestein erhalten und wird infolgedessen in Chromitklumpen und -Schichten von wechselnder Größe, von einigen wenigen bis zu tausenden von Kubikmetern gefunden. Auch an ihnen hat die Erosion ihre Wirkung getan und es sind durch das Zusammenspülen des verwitterten Chromits Erzlager, wie sie auf Neukaledonien schon abgebaut werden, entstanden. Von einem Durchschnittsgehalt an Cr_2O_3 aber kann man bei den Chromerzen von Celebes deshalb noch nicht sprechen, weil nur erst vereinzelte Proben des zerstreuten Gesteins und noch keine regelrechten Lagerstätten untersucht werden konnten.

Dagegen hat sich der Nickelzusatz zum Peridotit, wenn auch nicht gleichmäßig, so doch fast vollständig aufgelöst und es konnte infolgedessen auf Grund der Erzproben auch schon der ungefähre Nickelgehalt bestimmt werden. Er schwankt bei den von Abendanon im Verbeekgebirge gesammelten Gesteinen zwischen 0,18 und 0,39 %. Angesichts der starken Verdünnung des Nickels im Peridotit könnte es fraglich erscheinen, ob selbst aus dem nickelreichsten Erz in wirtschaftlicher Weise Nickel zu gewinnen wäre. Zum Glück haben aber die Erosionen des Peridotitmassivs auf Celebes eine natürliche Anreicherung der Erze verursacht, insofern die angeschnittenen Erzmassen einen Teil ihres Nickels in Form wasserhaltiger Nickelsilikate ausschieden. Auf diese Weise entsteht nämlich der zuerst auf Neukaledonien vorgefundene Garnierit. In Anbetracht des geologisch langen Prozesses der Abscheidung, der gewaltigen Ausdehnung des Peridotitmassivs

und seiner starken Erosion sowie des erleichterten Abfließens der Nickellösungen, — Umstände, die bei dem Vorkommen im Verbeekgebirge in besonderem Maße zutreffen, — dürfte auf reiche Ablagerungen von Nickelerz geschlossen werden. Die daraufhin vorgenommenen bergbaulichen Untersuchungen haben denn auch trotz den Bedenken mancher indischen Fachleute die an Abendanons Prognose geknüpften Erwartungen voll und ganz gerechtfertigt. Nach anfänglichen Mißerfolgen ergaben die vorgenommenen Untersuchungen von Gesteinsproben im Jahre 1915 das Vorhandensein von Eisen, Nickel, Chrom und Mangan in abbauwürdigen Mengen. Nächste den der Bedeutung nach an erster Stelle stehenden Eisenerzvorkommen lautete der Befund besonders günstig für die im Stromgebiet des Maliliflusses (in der Nordostecke des die beiden Südarme von Celebes trennenden Golfes von Boni) abgelagerten Nickelerze.

Am gleichmäßigsten von den in Frage stehenden Schwermetallen fand sich das Eisen in der Peridotitmasse verteilt. Der durchschnittliche Eisengehalt derselben beträgt 6 %. Das Eisen nimmt teil an dem Aufbau der den Peridotit bildenden Mineralien, vorwiegend Olivin und Enstatit. Die Eisenerzlager von Celebes entstanden in der Hauptsache durch Verwitterung des Peridotits in der Weise, daß fast alle Bestandteile desselben bis auf das Eisen weggewaschen wurden, das in Form eines wasserhaltigen Oxyds, des sogenannten Schlammerzes, zurückblieb. Im Hinblick auf die äußere Gestalt der Vorkommen spricht man auch von Mantelerzen, weil in der Tat das Erz gleich einem Mantel die Flächen des unverwitterten Felsgesteins umkleidet. Die viele Meter dicke Decke ist von tonartiger Beschaffenheit und liegt offen zu Tage. Vielerorts ist ein Teil von ihr durch Regenwasser in Terrainspalten gewaschen und dort in hohen Schichten abgelagert. Durch diesen umfassenden Prozeß entstanden auf Celebes Eisenerzlager von so riesigem Umfang, daß man an Hand vorläufiger Untersuchungen bereits mit einem Vorkommen von einer Milliarde Tonnen rechnet. Neben der geschilderten Art von Schlammerz kommt übrigens auch Hämatiteisenerz im Verbeekgebirge vor, dessen Entstehen hier wie in Neukaledonien auf Magnetitadern im Peridotitmassiv zurückzuführen ist, die durch Verwitterung chemisch verändert und durch Erosion gleichfalls ausgewaschen wurden.

Die Chromerz-vorkommen von Celebes.

Während die Eisen- und Nickelerzvorkommen wegen ihrer großen Bedeutung für die künftige industrielle Entwicklung Niederländisch-Indiens eine gesonderte Behandlung erheischen, sei hier zunächst in Anlehnung an einen Vortrag, den Abendanon am 15. Nov. 1918 vor der Niederländischen Abteilung der „Nederlandsch-Indische Maatschappij van Nijverheid en Landbouw“ im Haag gehalten hat,* über die wirtschaftliche Bedeutung der Chromerzfunde berichtet. Über Verteilung und Umfang der wichtigsten Chromerzvorkommen der Erde gibt folgende Zusammenstellung Aufschluß. Danach wurden im Laufe eines Jahrzehnts in Metertonnen gewonnen, wenn man der Anstellung Erz mit einem Durchschnittsgehalt von ca. 50 % Cr_2O_3 zugrunde legt:

	Neukaledonien	Rhodesien	Kanada	Ver. Staaten	Weltgewinnung
1906 ...	57 377	3 308	7 933	109	103 500
1907 ...	31 552	7 273	6 528	294	123 000
1908 ...	46 890	12 118	6 554	361	116 400
1909 ...	40 000	37 024	2 470	606	133 000
1910 ...	40 000	40 002	279	208	über 95 000
1911 ...	82 806	47 600	143	122	„ 176 000
1912 ...	51 516	62 850	—	204	„ 146 000
1913 ...	63 370	63 384	—	259	„ 140 000
1914 ...	48 852	49 009	123	601	„ 115 000
1915 ...	67 000	61 590	11 196	33 36	„ 161 000
1916 ...	74 116	88 871	24 522	48 943	„ 223 000
1917 ...	?	?	36 352	41 000	?

*) Wiedergegeben in „De Indische Mercur“ 1918, Nr. 46 u. ff.

Neben einigen Ländern mit unregelmäßiger oder unbedeutender Gewinnung, wie Rußland, Türkei, Griechenland, Britisch-Indien und Japan, sind es hauptsächlich drei Gebiete, die mit annähernd gleichen Beträgen an der Deckung des Weltbedarfes beteiligt sind: Neukaledonien, Rhodesien und Nordamerika.

Als Enderzeugnis der Verarbeitung der Erze wird reines Chrommetall oder Ferrochrom gewonnen; letzteres wird wiederum in zwei Arten hergestellt, je nach dem Gehalt an Kohlenstoff, entweder mit 60 % Cr, 6–8 % C und 32–34 % Fe oder mit nur 1–2 % C und um so größerem Eisengehalt. Reines Chrom wird zur Erzeugung von Chromsäuren, Natriumbichromat und Kaliumbichromat in den Farb- und Gerbstoffindustrien, zu Ferrochromverbindungen und zur Herstellung von feuerfesten Materialien verwendet. Ferrochrom dient, öfters in Verbindung mit Nickel, Mangan oder Wolfram, zur Fabrikation von Spezialstahl. Im Kriege hat seine Verwendung außerordentlich zugenommen. Den stärksten Bedarf daran haben die Vereinigten Staaten. Während der Verbrauch daselbst 1912 noch weniger als 50 000 Tonnen betrug, war er 1915 schon auf 88 000 Tonnen gestiegen und wird für 1918 auf 150 000 Tonnen geschätzt.

Die Preise für Chromerze mit 50 % Cr₂O₃ in den Vereinigten Staaten bewegten sich von 1906 bis 1915 bei starken Schwankungen durchschnittlich zwischen 10 und 20 \$ je Tonne. Sie stiegen 1916 zeitweilig auf annähernd 35 \$. 1917 schwankten sie zwischen 25 \$ und 50 \$, 1918 wurden alle früheren Preise überholt. Im August 1918 ist annähernd das Dreifache des Durchschnittspreises von 1917, der etwa 30 \$ betragen hatte, gezahlt worden. Von dieser Kriegskonjunktur können nun freilich die Chromerze von Celebes keinen Vorteil mehr ziehen, aber die Aussichten für ihre Verwertung sind auch so nicht schlecht.

In erster Linie fällt da in Betracht der Gehalt der Chromerze. Leider fehlen darüber in dem Vortrage Abandanons aus den oben angeführten Gründen noch Angaben, soweit der Chromoxydreichtum der Celebeserze in Frage steht. Für die vorhin erwähnten Hauptförderungsgebiete der Welt gilt folgende, nach der Stufe des Cr₂O₃-Gehaltes geordnete Tabelle:

	Cr ₂ O ₃	Fe O	Al ₂ O ₃	Si O ₂	Mg O	Ca O	H ₂ O	Co O	Ni O
Neukaledonien.	61 33	30.6	0.114	4.63	0.012	—	—	—	—
Neukaledonien.	54 50	17.7	11.—	3.10	8—	1.50	—	—	—
Selkwe, Rhodesien ...	46 36	18 66	13.18	4.58	13.64	—	2.72	0.17	—
Black Lake, Kanada ..	43 57	17.61	13.90	12.62	3.83	0.20	—	—	—
Kalifornien, Ver. St.	42 45	15—	16.75	7.50	16.50	0.90	—	—	—

Da die Chromerzvorkommen der Vereinigten Staaten allmählich ihrer Erschöpfung entgegengehen — trotz Wiederinbetriebnahme alter Gruben ging die Förderung 1917 um 8000 t zurück — sind die chromverarbeitenden Industrien daselbst in wachsendem Maße auf Zufuhren aus Neukaledonien und Rhodesien angewiesen. Aber auch die Förderung von Neukaledonien muß mit der Zeit stark abfallen. Ein kleiner Teil der Erze kommt aus Kanada, für die Zukunft rechnet man schon mit der Inanspruchnahme von Chromerzen aus Nicaragua, Columbien, ja sogar aus dem Innern Brasiliens, schließlich mit den sehr armen Erzen von Kuba, wo sich Vorkommen in einer Gesamtmenge von bis zu einer Milliarde Tonnen befinden. Unter diesen Umständen dürfen wohl auch die Chromerze von Celebes, wenn ihre wirtschaftliche Ausbeutung bald in die Hand genommen wird, auf einen lohnenden Absatz rechnen.

Eine große Rolle spielen dabei naturgemäß die Transportkosten des Erzes bis zur Verbrauchsstelle. Die Verschiffungskosten von Rhodesien nach der pazifischen Küste sind erheblich teurer als die von Celebes nach Kalifornien. Die Bahnfracht vom Fundort zur ostafrikanischen Küste (Hafen Beira) allein beläuft sich schon auf etwa 5 \$ je Tonne.

Seit 1911 besitzt die Chrome Company Ltd., die den Abbau in Neukaledonien und Rhodesien betreibt, die größten Chromerzvorkommen der Welt. Sie liefert zwei Drittel der Welterzeugung und hatte bis zum Kriegsausbruch die Preisbestimmung so ziemlich in ihrer Hand. Dr. Arthur Heber

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Tendenz der Devisenmärkte war in der Berichtszeit unregelmäßig.

Kurs der Reichsmark

	2.1.	3.1.	4.1.	6.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	60,25	60,—	—	— 51,40
Amsterdam	29,50	29,85	29,35	29,30	— 50,56
Stockholm	43,25	43,25	43,75	—	— 50,79
Kopenhagen	—	47,25	47,25	47,—	— 47,13
Kristiania	44,—	44,—	45,50	—	—
Wien	186,—	186,90	187,80	—	+ 59,75

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	3.1.	4.1.	6.1.	7.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	30,25	30,50	—	— 70,99
Amsterdam	14,90	15,10	14,95	14,85	— 70,54
Kopenhagen	—	24,50	—	24,50	— 76,59
Berlin	53,70—	53,45—	53,70—	—	— 36,69
	53,80	53,05	53,80		

Kurs des Pfund Sterling

	3.1.	4.1.	6.1.	7.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	23,06	23,06	—	— 8,56
Amsterdam	11,15	11,185	11,235	11,245	— 7,22
Stockholm	16,28	16,33	16,30	—	— 10,24
Kopenhagen	—	17,85	17,85	17,84	— 1,75
Kristiania	16,88	17,96	—	17,—	— 0,64

Kurs des französischen Franken

	2.1.	3.1.	4.1.	6.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	88,75	88,80	—	— 1,20
Amsterdam	42,90	43,05	43,175	43,30	— 9,69
Stockholm	62,75	63,25	62,50	—	— 13,16
Kopenhagen	68,58	69,—	69,—	69,—	— 4,17
Kristiania	65,51	65,40	—	65,40	— 10,28

Kurs des Dollar

	2.1.	3.1.	4.1.	6.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	483,—	484,—	—	— 6,56
Amsterdam	233,50	234,25	—	—	— 5,83
Stockholm	344,—	345,—	—	—	— 7,51
Kopenhagen	—	375,—	—	375,—	— 0,45
Kristiania	353,—	357,—	—	357,—	— 4,29

Geldverfassung und Währungspolitik

Am 2. Januar 1919 sind die zum Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine der Kriegsanleihen fällig geworden und damit aus dem Verkehr gekommen.

Nach der »Information« werden französische Scheine zu 1 und 2 frs. in dem von Frankreich, England, Belgien und der Union besetzten Deutschland als Scheidegeld für den militärischen Zahlungsbedarf verwendet.

Neben einigen Ländern mit unregelmäßiger oder unbedeutender Gewinnung, wie Rußland, Türkei, Griechenland, Britisch-Indien und Japan, sind es hauptsächlich drei Gebiete, die mit annähernd gleichen Beträgen an der Deckung des Weltbedarfes beteiligt sind: Neukaledonien, Rhodesien und Nordamerika.

Als Enderzeugnis der Verarbeitung der Erze wird reines Chrommetall oder Ferrochrom gewonnen; letzteres wird wiederum in zwei Arten hergestellt, je nach dem Gehalt an Kohlenstoff, entweder mit 60 % Cr, 6–8 % C und 32–34 % Fe oder mit nur 1–2 % C und um so größerem Eisengehalt. Reines Chrom wird zur Erzeugung von Chromsäuren, Natriumbichromat und Kaliumbichromat in den Farb- und Gerbstoffindustrien, zu Ferrochromverbindungen und zur Herstellung von feuerfesten Materialien verwendet. Ferrochrom dient, öfters in Verbindung mit Nickel, Mangan oder Wolfram, zur Fabrikation von Spezialstahl. Im Kriege hat seine Verwendung außerordentlich zugenommen. Den stärksten Bedarf daran haben die Vereinigten Staaten. Während der Verbrauch daselbst 1912 noch weniger als 50 000 Tonnen betrug, war er 1915 schon auf 88 000 Tonnen gestiegen und wird für 1918 auf 150 000 Tonnen geschätzt.

Die Preise für Chromerze mit 50 % Cr₂O₃ in den Vereinigten Staaten bewegten sich von 1906 bis 1915 bei starken Schwankungen durchschnittlich zwischen 10 und 20 \$ je Tonne. Sie stiegen 1916 zeitweilig auf annähernd 35 \$. 1917 schwankten sie zwischen 25 \$ und 50 \$, 1918 wurden alle früheren Preise überholt. Im August 1918 ist annähernd das Dreifache des Durchschnittspreises von 1917, der etwa 30 \$ betragen hatte, gezahlt worden. Von dieser Kriegskonjunktur können nun freilich die Chromerze von Celebes keinen Vorteil mehr ziehen, aber die Aussichten für ihre Verwertung sind auch so nicht schlecht.

In erster Linie fällt da in Betracht der Gehalt der Chromerze. Leider fehlen darüber in dem Vortrage Abandanons aus den oben angeführten Gründen noch Angaben, soweit der Chromoxydreichtum der Celebeserze in Frage steht. Für die vorhin erwähnten Hauptförderungsgebiete der Welt gilt folgende, nach der Stufe des Cr₂O₃-Gehaltes geordnete Tabelle:

	Cr ₂ O ₃	Fe O	Al ₂ O ₃	Si O ₂	Mg O	Ca O	H ₂ O	Co O	+Ni O
Neukaledonien	61 33	30.6	0.114	4.63	0.012	—	—	—	—
Neukaledonien	54 50	17.7	11.—	3.10	8.—	1.50	—	—	—
Selnkwe, Rhodesien ...	46 36	18 66	13.18	4.58	13.64	—	2.72	0.17	—
Black Lake, Kanada ..	43 57	17.61	13.90	12.62	3.83	0.20	—	—	—
Kalifornien, Ver. St.	42 45	15 —	16.75	7 50	16.50	0.90	—	—	—

Da die Chromerzvorkommen der Vereinigten Staaten allmählich ihrer Erschöpfung entgegengehen — trotz Wiederinbetriebnahme alter Gruben ging die Förderung 1917 um 8000 t zurück — sind die chromverarbeitenden Industrien daselbst in wachsendem Maße auf Zufuhren aus Neukaledonien und Rhodesien angewiesen. Aber auch die Förderung von Neukaledonien muß mit der Zeit stark abfallen. Ein kleiner Teil der Erze kommt aus Kanada, für die Zukunft rechnet man schon mit der Inanspruchnahme von Chromerzen aus Nicaragua, Columbien, ja sogar aus dem Innern Brasiliens, schließlich mit den sehr armen Erzen von Kuba, wo sich Vorkommen in einer Gesamtmenge von bis zu einer Milliarde Tonnen befinden. Unter diesen Umständen dürfen wohl auch die Chromerze von Celebes, wenn ihre wirtschaftliche Ausbeutung bald in die Hand genommen wird, auf einen lohnenden Absatz rechnen.

Eine große Rolle spielen dabei naturgemäß die Transportkosten des Erzes bis zur Verbrauchsstelle. Die Verschiffungskosten von Rhodesien nach der pazifischen Küste sind erheblich teurer als die von Celebes nach Kalifornien. Die Bahnfracht vom Fundort zur ostafrikanischen Küste (Hafen Beira) allein beläuft sich schon auf etwa 5 \$ je Tonne.

Seit 1911 besitzt die Chrome Company Ltd., die den Abbau in Neukaledonien und Rhodesien betreibt, die größten Chromerzvorkommen der Welt. Sie liefert zwei Drittel der Welterzeugung und hatte bis zum Kriegsausbruch die Preisbestimmung so ziemlich in ihrer Hand. Dr. Arthur Heber

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Tendenz der Devisenmärkte war in der Berichtszeit unregelmäßig.

Kurs der Reichsmark

	2.1.	3.1.	4.1.	6.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	60,25	60,—	—	— 51,40
Amsterdam	29,50	29,85	29,35	29,30	— 50,56
Stockholm	43,25	43,25	43,75	—	— 50,79
Kopenhagen	—	47,25	47,25	47,—	— 47,13
Kristiania	44,—	44,—	45,50	—	—
Wien	186,—	186,90	187,80	—	+ 59,75

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	3.1.	4.1.	6.1.	7.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	30 25	30,50	—	— 70,99
Amsterdam	14,90	15,10	14,95	14 85	— 70,54
Kopenhagen	—	24,50	—	24,50	— 76,59
Berlin	53,70	53,45	53,70	—	— 36,69
	53,80	53,05	53,80	—	—

Kurs des Pfund Sterling

	3.1.	4.1.	6.1.	7.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	23 06	23,06	—	— 8,56
Amsterdam	11,15	11,185	11,235	11 245	— 7,22
Stockholm	16,28	16,33	16,30	—	— 10,24
Kopenhagen	—	17 85	17,85	17 84	— 1,75
Kristiania	16,88	17,96	—	17,—	— 0,64

Kurs des französischen Franken

	2.1.	3.1.	4.1.	6.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	88,75	88 80	—	— 1,20
Amsterdam	42 90	43,05	43,175	43 30	— 9,69
Stockholm	62 75	63,25	62 50	—	— 13,16
Kopenhagen	68 58	69,—	69,—	69,—	— 4,17
Kristiania	65,51	65 40	—	65,40	— 10,28

Kurs des Dollar

	2.1.	3.1.	4.1.	6.1.	gegen Münzpar. am 6.1. bzw. 4.1.
Zürich	—	483,—	484,—	—	— 6,56
Amsterdam	233,50	234,25	—	—	— 5,83
Stockholm	344,—	345,—	—	—	— 7,51
Kopenhagen	—	375,—	—	375,—	— 0,45
Kristiania	355,—	357,—	—	357,—	— 4,29

Geldverfassung und Währungspolitik

Am 2. Januar 1919 sind die zum Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine der Kriegsanleihen fällig geworden und damit aus dem Verkehr gekommen.

Nach der Information werden französische Scheine zu 1 und 2 frs. in dem von Frankreich, England, Belgien und der Union besetzten Deutschland als Scheidegeld für den militärischen Zahlungsbedarf verwendet.

Die belgische Regierung nimmt die Banknoten der „Société Générale“ bei den Staatskassen in gleicher Weise an, wie die Noten der Nationalbank. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 1 v. 1. 1.)

In Ungarn soll die Abschaffung der Kronenwährung und die Einführung der Frankwährung beabsichtigt sein. („Deutsche Allg. Ztg.“ Nr. 647 v. 20. 12. 18.)

Nach einer Mitteilung der „Prawda“ beläuft sich der Banknotenumlauf Rußlands auf 179 Milliarden Rubel. Unter der Herrschaft der Bolschewisten sind bereits für 133 Milliarden Rubel Noten ausgegeben worden. („Frankf. Ztg.“ Nr. 9 v. 4. 1. 19.)

Staatsanleihen

Auf die deutsch-österreichische Anleihe, die in Höhe von 500 Mill. Kr. aufgelegt war, wurde über 750 Mill. Kr. gezeichnet. („D. A. Z.“ 1. 1.)

Die deutsche Reichsbank will wieder auf österreichische Kriegsanleihen Darlehen bewilligen, insbesondere auf die kürzlich aufgelegte deutsch-österreichische Anleihe, was in Wien als Stärkung der Markvaluta begrüßt wird. („W. Z. d. Zm.“ 27. 12.)

Das deutsch-österreichische Bankenkonsortium für staatliche Kreditoperationen beschloß, auf die deutsch-österreichische Staatsanleihe für eigene Rechnung 150 Mill. Kr. zu zeichnen. („W. Z. d. Zm.“ 27. 12.)

Dem deutsch-österreichischen Nationalrat ist eine Regierungsvorlage zugegangen, die die Gemeinde Wien zur Aufnahme einer Anleihe von 10 Mill. \$ in Amerika ermächtigt. Der Erlös ist zur Bezahlung von Lebensmittelan-

käufen bestimmt. Der deutsch-österreichische Staat wird die Garantie für das Darlehen übernehmen. („W. Z. d. Zm.“ 27. 12.)

Der tschechische Finanzminister weigert sich, den tschechisch-slowakischen Staat an den österreichischen Kriegsschulden zu beteiligen, da der größte Teil der Kriegsschulden auf ungesetzlichem Wege aufgenommen worden sei. („W. Z. d. Zm.“ 27. 12.)

Frankreich legt z. Z. in Japan eine Anleihe von 50 Mill. Yen in dreijährigen 6%igen Schatzscheinen zum Kurse von 98 % auf. Ferner wird der Frankreich von Spanien gewährte Handelskredit von 350 Mill. Pts. wahrscheinlich wieder verlängert werden. Man will den Zinsfuß infolge des günstigen Kriegsendes von 6 1/2 % auf 5 % herabsetzen. („D. A. Z.“ 1. 1.)

In Italien wurden auf die vierte französische Befreiungsanleihe sehr erhebliche Beträge gezeichnet, was schon daraus hervorgeht, daß bei der Banca Commerciale Italiana allein über 75 Mill. fr gezeichnet worden sind. („France Italie, Paris.“ 5. 12.)

Die griechische Staatsschuld beläuft sich zurzeit auf 1,5 Milliarden Dr., da die Mobilmachung und der Krieg allein 1 Milliarde verschlungen haben. Für 1919 ist eine Mindereinnahme von 100 Mill. im Staatshaushalt vorgesehen. („Nachr. f. H., I. u. L.“ 30. 12.)

Auf die letzte französische Anleihe haben die Kolonien auch erhebliche Beiträge geleistet. So haben in Indochina über 138 000 Menschen auf die Anleihe gezeichnet, und zwar haben sie ein Nominalkapital von mehr als 144 Mill. fr übernommen. („Temps“ 13. 12.)

Laut „Morning Post“ vom 5. 12. hat Frankreich in Japan eine Anleihe von 50 Mill. Yen in dreijährigen 6%igen Schatzscheinen zu 98 % untergebracht. (S. oben.)

Jahresergebnisse deutscher Aktiengesellschaften 1917/18.

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorraths- Anleihen	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Reserven	Abschreibungen Summe in 1000 M.	in % vom Wert	Reinertrag (nach Abschreibungen) in 1000 M.	Rentabilität (7-8) in % v. Spalte 3-6	Dividenden				
											17/18	16/17	15/16	14/15	13/14
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Gutehoffnungshütte.....	30. 6.	40000	25684	22034	35284	10165	10,67	15507	20,87	20	20	20	15	10	
Bornbacher Hüttenwerke..... ¹⁾	30. 6.	60000	16346	28500	2933	8241	8,88	17206	15,96	15	12 1/2	8	5	5	
Harkort'sche Bergwerk..... ²⁾	30. 6.	9000	135	1384	358	1146	18,93	3931	26,16	22 1/2	14	10	10	10	
Rheinisch-Westfälische Kalkwerke.....	30. 6.	13500	3385	2358	1525	1488	8,—	2982	21,52	16	12	9	7 1/2	7 1/2	
Schles. Kohlen- u. Kokswerke Gottesberg (Verlust im Vorjahre 3 321 977 M.)	30. 6.	6000	—	141	—	895	—	267	18,92	0	0	0	0	0	
Ferd. Krupp Aktienges., Essen.....	30. 6.	250000	43644	51740	146423	68588	20,49	28436	10,73	0	10	12	12	12	
Zimmermann A. G., Chemnitz.....	30. 6.	5400	—	386	154	1261	24,11	6738	108,22	20	20	15	5	0	
Fagoneisen Walzwerk, Troisdorf.....	30. 6.	10000	3226	3098	729	4846	32,87	1486	37,13	10	9	8	0	5 1/2	
Baroper Walzwerk A. G.,.....	30. 6.	3000	50	300	1249	470	19,71	1655	34,33	20	20	13	0	0	
Alexanderwerk A. G., Remscheid.....	30. 6.	5000	610	500	1180	184	13,—	1349	21,90	15	10	8	5	4	
Rhenania, Ver. Emailw. A. G., Düsseldorf	30. 6.	3000	1469	300	196	571	28,—	400	19,56	12	10	0	0	6	
Stahlwerk Oeking A. G., Düsseldorf....	30. 6.	3000	—	300	2014	97	6,87	1103	22,48	25	20	20	16	5	
Benz & Cie., Rhein. Automobil- u. Motor- Fabrik, Mannheim.....	30. 4.	22000	10000	8200	7661	3655	7,37	17154	43,47	30	30	20	12	0	
Berliner Maschinenbau v. Schwartzkopf	30. 6.	12000	—	6315	11161	4425	24,93	4238	29,39	25	25	25	18	16	
Mühlenbauanst. u. Maschinenfabr. Leipzig	30. 6.	7000	2365	1150	1071	694	7,57	626	11,40	10	8	5	0	0	
Maschinenfabrik Augsburg A. G.,.....	30. 6.	36000	26329	24263	4600	5335	14,51	9447	16,21	18	18	16	8	8	
Sächs. Maschinenf. v. Hartmann, Chemnitz	30. 6.	15000	4335	2926	5468	1444	12,36	6364	28,12	15	12	9	7	0	
Hannoversche Maschinenbau v. Egestorff	30. 6.	8000	—	6673	3409	3800	23,44	2756	36,25	30	30	30	30	20	
Stettiner Oderwerke A. G.,.....	30. 6.	4000	834	1183	85	600	22,13	601	20,56	10	10	8	5	5	
Voigtländische Maschinenfabrik vorm. Dietrich, Plauen..... ³⁾	30. 6.	7250	1280	5360	1206	199	7,16	2551	30,51	25	10	10	6	0	
Maschinenbauanstalt Humboldt, Cöln..	30. 6.	20100	12569	4020	4233	4564	22,38	2168	16,45	9	8	8	7	6	
Deutsche Babcock u. Wilcox-Dampfkessel- Werke, Berlin.....	30. 9.	5000	—	1400	527	193	9,65	1459	23,90	17 1/2	12 1/2	10	10	10	
Fabr. isol. Drähte z. elektr. Zweck., Berlin	30. 9.	7500	424	1407	1266	454	8,74	2584	28,68	18	18	16	15	13	
Allg. Elektrizitäts-Gesellsch., Berlin....	30. 6.	200000	108091	73565	20000	3413	5,03	51309	13,62	14	12 1/2	12	11	10	
* Aktienkapital erhöht um 16 Mill. M.															
Siemens & Halske A. G., Berlin.....	31. 7.	63000	43534	30500	8723	466	2,23	13164	9,36	12	12	12	12	10	
Landkraftwerke Leipzig A. G., Kulkwitz ⁴⁾	30. 6.	12000	5060	353	1374	321	22,23	343	36,71	5 1/2	5	4 1/2	4	4	
Rheinische Elektrizitäts-Ag., Mannheim.	31. 7.	11000	11813	1573	7283	395	3,04	802	3,77	5	5	5	5	5	
Ver. Ultramarinfabr. A. G., vorm. Leverkus	30. 6.	6000	553	793	100	172	4,91	759	12,50	10	10	6	4	7	

¹⁾ Aktienkapital erhöht um 10 Mill. M. ²⁾ Aktienkapital erhöht um 600 000 M. ³⁾ Aktienkapital erhöht um 2 Mill. M.
⁴⁾ Aktienkapital erhöht um 4 Mill. M., davon eingezahlt 2 Mill. M.

Namen Ort	Rechnungs- jahr endend	Aktien- Kapital	Vorr. chs- Anleihen	Hypotheken	Gesetzliche u. Spezial- Reserve	Sonstige Rücklagen u. Vorrat	Abschreibungen		Reingewinn (nach Ab-schreibungen) in 1000 M.	Rentabilität: (7+8) in % v. Spalte 3-6	Dividenden				
							Summe in 1000 M.	in % vom Wert			17/18	16/17	15/16	14/15	13/14
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14		
Mühlenthaler Spinner. u. Weber. A. G.	30/9.	1720	712	272	154	182	14,98	353	35,71	10	12	10	9	0	
Süddeutsche Juteindustrie, Mannheim ..	30/6.	4000	600	163	3280	326	5,93	120	6,82	4	4	4	6	4	
Jutespinnerei u. Weberei Hamb.-Harburg	30/6.	3000	—	300	4074	160	3,43	381	7,33	10	8	6	6	6	
Mechan. Buntweberei, Stuttgart	30/6.	4000	894	702	106	194	12,60	432	10,97	?	?	14	8	?	
Hagener Textil-Ind., vorm. Geb. Elbers.	30/6.	5000	2227	79	157	397	6,57	437	10,39	6	6	3	0	3	
A. G. für Schles. Leinen-Ind., Freiburg.	30/6.	7500	183	900	1137	209	8,60	1491	17,50	12	18	16	15	8	
A. G. Kronenbräu, Augsburg	31/8.	2500	3003	1159	159	180	3,41	262	5,02	5	5	5	4	3 1/2	
A. G. Paulanenbräu (Salvator), München	31/8.	2900	3232	890	2262	203	3,07	1477	18,—	12	12	12	12	12	
Adler-Brauerei, Köln	30/9	2000	1309	525	81	184	6,48	213	10,13	7	6	5	5	4	
Biebrauereigesells., vorm. Geb. Lederer, Nürnberg	30/9.	2950	2857	597	948	127	2,30	216	4,67	Stamm 3 Vorr. 3	8	8	8	8	
Brauerei Geismann A. G., Fürth	30/9.	1800	1464	124	311	65	2,79	77	3,84	5	6	4	4	4	
Brauerei z. Felsenkeller, Dresden	30/11	3000	—	1700	200	119	8,69	968	22,20	12 1/2	10	10	7 1/2	7 1/2	
Brauerei Henninger, Frankfurt	30/9.	3100	2665	1560	478	228	4,56	333	7,19	7	7	7	7	7	
Brauhaus Nürnberg	30/9.	5200	7073	1335	485	301	27,96	529	5,88	9	9	9	9	9	
Brauhaus Würzburg	31/8.	2800	1013	430	1616	—	—	790	13,50	9 1/2	9 1/2	9 1/2	9 1/2	6	
Dortmunder Union-Brauerei	30/9.	5)4375	—	900	1901	101	5,19	1101	16,75	20	20	20	20	20	
Engelhardt Brauhaus A. G., Berlin	30/9.	6)4000	1635	1610	1297	552	12,54	1408	22,94	15	15	15	13	10	
Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co. A. G.	30/9.	7000	3237	660	156	965	12,97	771	15,70	Stamm 10 Vorr. 6	10	10	10	10	
Kulmbacher Rizzibräu A. G., *) Genuß- schein 70 M.	31/7.	3107	1255	218	394	135	7,62	424	11,23	*)6	6	5	5	5	
Reichelbräu A. G., Kulmbach	30/6.	8750	—	375	917	119	8,78	572	13,70	12	12	12	10	11	
Jos. Sedlmayr Brauerei z. Franziskaner- keller A. G., München	31/8.	4000	6576	524	1784	173	3,76	628	6,22	7	7	6	6	6	
Winterhuder Bierbrauerei, Hamburg	30/9.	1000	432	73	197	45	3,82	58	6,43	5	5	5	5	8	
Aktien-Brauverein zu Plauen	30/9.	1920	1278	665	109	170	5,75	85	2,26	4	4	4	3	5	
Erste Kulmbacher Akt.-Export-Brauerei.	30/9.	1500	800	1095	758	283	24,93	349	15,22	18	18	18	18	18	
Breslauer Spritfabrik A. G.	30/9.	7)6900	—	7083	1371	131	22,80	1084	12,70	25	25	25	25	22	
Löwenbrauerei A. G., Berlin	30/9.	1200	3027	134	145	533	13,48	328	19,09	5	5	5	5	5	
Tivoli Brauerei, Stuttgart	30/9.	2000	2906	500	234	131	2,87	187	5,63	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	4 1/2	
A. G. Schwabenbräu, Düsseldorf	80/9.	8)3150	2310	705	260	143	4,63	445	10,87	10	10	8	8	7	
Haefel-Brauerei A. G., Düsseldorf	30/9.	2800	880	548	107	84	4,53	259	7,91	8	8	8	8	7	
Bergschloßbrauerei A. G., Berlin	30/9.	1196	1900	619	457	152	4,67	414	13,58	24	24	20	18	18	
Germania-Brauerei A. G., Dortmund	30/9.	3000	1566	920	533	157	5,18	881	17,24	6	6	6	6	6	
Aktienbrauerei z. Löwenbräu, München.	30/9.	9300	11466	7231	3201	341	4,40	3359	11,56	20	20	18	18	18	
Holsten-Brauerei, Altona	30/9.	9)5400	1428	745	19	301	5,49	452	9,92	8	10	10	14	14	
Schultheiß' Brauerei A. G., Berlin	31/8.	10)1700	2806	7500	1828	1490	4,32	3358	16,64	16	16	16	16	12	
Bürgerl. Brauhaus, München	31/8	3000	6432	1200	1443	249	2,36	464	4,22	6	6	4	4	4	
Aktienbrauerei z. Eberl-Faber, München	30/9	2100	4367	312	164	—	—	324	4,66	5	5	4	3	2	
Böhmisches Brauhaus, Berlin	30/9.	3300	1963	770	643	380	6,12	626	15,07	10	10	7	5	5	
Brauerei Stern A. G., Frankfurt	31/8.	2325	439	1480	955	50	2,26	999	20,15	8	10	8	8	8	
Löwen-Brauerei A. G., Hamburg	30/9.	766	387	51	80	52	6,08	56	8,43	5	6	5	5	6	
Kulmbacher Exportbrauerei, Mönchshof	30/9.	1200	—	800	300	40	6,08	230	11,73	12	12	12	11	11	
Victoria-Brauerei, Bochum	31/7.	2000	734	476	448	241	19,10	291	20,—	9	9	9	6	5	
A. G. f. Verwert. v. Kartoffelfabrik., Berlin	31/8	11)3000	—	350	344	214	16,65	709	25,01	18	18	18	15	12	
Zuckerraffinerie Tangermünde	30/9	10000	2926	1000	—	519	14,92	1623	14,82	15	10	15	20	15	
Badische Ges. f. Zuckerfabrik. Waghansel	31/8.	12)9900	—	1550	531	73	7,66	1377	12,03	20	20	23 1/3	21	12 3/4	
Magdeburger Mühlenwerke Nudel- u. Cou- leur-Fabr.	30/9.	13)2700	252	450	18	171	8,88	117	13,42	10	10	10	6	4	
Ed. Lingel Schuhfabrik A. G., Erfurt ..	30/6.	6000	—	1570	415	238	22,84	1309	19,66	12	12	12	10	4	
Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart ..	30/6.	3000	545	625	236	184	14,78	1254	32,65	9	10	6	4	5	
Tempelhofer Feld A. G. f. Grundstück- verwertung, Berlin	30/6	20000	—	47	—	—	—	10	0,05	0	0	0	0	8	
Zuckerhandelsunion A. G., Hamburg ..	31/8	2000	—	345	321	—	—	452	17,—	9	0	7 1/2	25	0	
Bank für Thüringen, Maminigen	30/6	15000	—	2000	269	50	3,57	1438	8,63	8	8	8	8	8	
Hessischer Bankverein, Cassel	30/6.	8000	—	1450	50	—	—	426	—	7	6	5	5	4	
Eulengebirgsbahn A. G., Reichenbach ..	30/6.	5894	1955	279	415	47	0,58	175	3,64	2	1/2	0	0	1 1/8	
Albert-Theater A. G., Dresden	30/9.	14)400	122	—	25	94	5,70	6	6,12	0	0	0	0	0	
Schiller-Theater A. G., Berlin	30/9.	250	—	49	128	49	50,—	235	11,42	5	0	0	0	0	

5) Akt.-Kapital erhöht um 375 000 M. 6) Akt.-Kapital erhöht um 2 Mill. M. 7) Akt.-Kapital erhöht um 1 450 000 M. 8) Akt.-Kapital erhöht um 550 000 M. 9) Akt.-Kapital erhöht um 800 000 M. 10) Akt.-Kapital erhöht um 2 Mill. M. 11) Akt.-Kapital erhöht um 500 000 M. 12) Akt.-Kapital erhöht um 4 400 000 M. 13) Akt.-Kapital erhöht um 900 000 M. 14) Akt.-Kapital herabgesetzt durch Zusammenlegung der Aktien um 400 000 M.

Schifffahrt und Schiffbau

England

Der Stand des Handelsschiffbaues. Mit der Einstellung der Feindseligkeiten ist in England auch die Zensur für zahlenmäßige Angaben über den Schiffbau in Wegfall gekommen, und Lloyd's Register veröffentlicht nunmehr die folgenden Angaben über den Frachtraum, der sich in den alliierten und neutralen Ländern am 30. September 1918 im Bau befand. Kriegsschiffe und Schiffe, welche für Rechnung der Admiralität gebaut wurden, sind in den Angaben nicht enthalten; ebenso fehlen die Angaben über den Schiffbau der Mittelmächte. Alle Größenangaben verstehen sich in Brutto-Register-Tonnen.

I. Der Weltschiffbau.

	Dampfer:		Segelschiffe:	
	Zahl	Größe	Zahl	Größe
Groß-Britannien	373	1 742 083	10	4 850
übrige Länder (außer Mittel-mächte)	1 593	4 516 111	168	108 344
zusammen 1966		6 258 194	178	113 194

II. Der außerenglische Handelsschiffbau. (Alliierte und neutrale Länder.)

A) Dampfer und Motorschiffe:	stählerne		hölzerne	
	Zahl	Größe	Zahl	Größe
Britische Besitzungen:				
Canada: Große Seen ...	28	62 152	4	9 200
Küste	15	69 403	46	75 958
Andere Besitzungen ...	21	49 258	9	4 370
China	4	6 292	—	—
Dänemark	30	49 398	5	1 640
Frankreich	7	39 700	—	—
Holland	105	204 530	—	—
Italien	18	111 400	28	18 150
Japan	91	231 725	36	29 150
Norwegen	62	72 138	16	5 471
Portugal	—	—	—	—
Spanien	29	69 028	3	692
Schweden	37	74 655	25	8 756
Vereinigte Staaten von Amerika:				
Atlantische Küste	235	1 180 393	120	244 362
Golf Häfen	8	27 110	108	263 610
Pazifische Küste	116	656 430	266	661 711
Große Seen	121	239 423	—	—
zusammen	927	3 193 040	666	1 323 070

B) Segelschiffe:				
Britische Besitzungen:				
Canada: Große Seen ...	—	—	—	—
Küste	—	—	70	29 343
Andere Besitzungen ...	—	—	6	1 592
China	—	—	—	—
Dänemark	1	115	—	—
Frankreich	—	—	—	—
Holland	—	—	—	—
Italien	—	—	10	3 220
Japan	—	—	—	—
Norwegen	—	—	—	—
Portugal	—	—	26	12 347
Spanien	2	365	5	1 232
Schweden	—	—	2	460
Vereinigte Staaten von Amerika:				
Atlantische Küste	2	4 600	25	28 710
Golf Häfen	2	9 000	11	8 960
Pazifische Küste	—	—	6	8 400
Große Seen	—	—	—	—
zusammen	7	14 080	161	94 264

C) Rekapitulation:				
Dampfer und Motorschiffe:				
stählerne	927	3 193 040		
hölzerne	666	1 323 070	1 593	4 516 110
Segelschiffe:				
stählerne	7	14 080		
hölzerne	161	94 264	168	108 344
insgesamt			1 761	4 624 454

III. Der englische Handelsschiffbau.
(Die in Klammern beigefügten Zahlen bezeichnen den Stand am 30. Juni 1918)

Dampfer:	Zahl	Größe	
stählerne	373	1 742 083	(382 1 807 518)
hölzerne und Composit.	—	—	(1 120)
	373	1 742 083	(383 1 807 638)

Segelschiffe:	Zahl	Größe	
stählerne	10	4 850	(9 7 375)
insgesamt	383	1 746 933	(392 1 815 013)

Der im Bau befindliche englische Schiffsraum war demnach im dritten Vierteljahr um ungefähr 68 000 Tonnen geringer als im zweiten, und er bleibt um 132 600 Tonnen hinter dem vor Jahresfrist im Bau gewesenen Schiffsraum zurück. Eisenbetonschiffe erscheinen in der Übersicht nicht, weil solche in England ausschließlich für Rechnung der Admiralität gebaut werden.

Auf den Werften Großbritanniens fanden im dritten Vierteljahr 1918 statt:

	Dampfer		Segler	
	Zahl	Größe	Zahl	Größe
Kielliegungen	84	341 341	6	3 630
Stapelläufe	67	256 984	—	—

In der folgenden Übersicht sind die in England am 30. September im Bau befindlichen Schiffe nach der Größe ihres Brutto-Raumgehaltes geordnet (Schiffe unter 100 B. R. T. sind nicht berücksichtigt):

Brutto-Raumgehalt	Dampfer	Segler
100 — 500 Tonnen	18	5
500 — 1 000 "	16	4
1 000 — 2 000 "	25	1
2 000 — 3 000 "	41	—
3 000 — 4 000 "	44	—
4 000 — 5 000 "	14	—
5 000 — 6 000 "	139	—
6 000 — 8 000 "	36	—
8 000 — 10 000 "	27	—
10 000 — 12 000 "	4	—
12 000 — 15 000 "	6	—
15 000 — 20 000 "	1	—
20 000 — 25 000 "	2	—
zusammen	373	10

Der Baustand verteilt sich auf die hauptsächlichen Werftbezirke folgendermaßen:

Bezirk	Schiffe	Zahl	Größe
Barrow, Maryport and Workington	Dampfer	3	6 380 (4 11 380)
Belfast	"	29	232 700 (29 230 350)
Glasgow	"	73	329 028 (74 329 668)
Greenock	Segler	5	1 980 (4 1 800)
Hartlepool	Dampfer	50	271 080 (51 283 010)
Hull	"	20	82 000 (22 93 450)
Liverpool	"	6	28 741 (8 33 991)
	Segler	—	(1 160)
Liverpool	Dampfer	9	31 220 (10 34 070)
	Segler	1	1 250 (1 1 250)
Middlesbro' and Stockton and Whitby	Dampfer	26	130 100 (29 137 330)
Newcastle	"	64	330 755 (62 333 275)
Sunderland	"	49	218 245 (54 242 050)

Schiffsverluste infolge von Zusammenstößen. Nach „Fair-play“ ist zu hoffen, daß die schweren Kollisionsverluste, die das Kennzeichen der beiden letzten Jahre waren, mit dem Aufhören des Konvoyierungssystems erheblich zurückgehen werden. Allerdings besteht daneben noch die Gefahr der durch Phantasiebemalung geschaffenen Unkenntlichmachung der Schiffe, denn dadurch wird die genaue Ausmachung eines Schiffes und seiner Fahrtichtung dem Führer eines entgegenkommenden Schiffes ebenso wie früher dem Unterseebootskommandanten erschwert. Im November 1918 gingen 8 Schiffe durch Kollision verloren,

in 11 Monaten 1918	90 Schiffe
in 1917	66 "
in 1916	33 "
in 1915	25 "

Aller Voraussicht nach werden also die Kollisionsverluste in 1918 um 50% mehr als in 1917 und um 300% mehr als 1916 betragen.

Rohstoffe und Warenmärkte

Öle und Fette

Den Marktberichten der Firma Gustav Lipschütz, Hamburg, entnehmen wir folgendes:

Die Ausfuhr aus Java und Madura betrug:

	1916	1917	1918
Erdnüsse,			
geschält.....	247	482	449 Tonnen
ungeschält.....	142	152	12 "
Koprah.....	1 887	826	396 "
Citronellaöl.....	23 303	66 302	55 371 kg
Erdnußöl.....	—	68 298	50 936 Liter
Kokosöl.....	3 940	30 770	11 130 Hektoliter
Rizinuskerne.....	—	—	— Tonnen
Kapokkerne.....	96	10	— "
Sesamsaat.....	127	—	37 "

Januar bis Juli

	1916	1917	1918
Erdnüsse,			
geschält.....	2 022	2 978	2 797 Tonnen
ungeschält.....	1 415	1 764	1 313 "
Kopra.....	22 012	18 932	2 543 "
Citronellaöl.....	253 239	272 853	124 197 kg
Erdnußöl.....	213 343	166 039	2 163 790 Liter
Kokosöl.....	70 600	162 440	140 520 Hektoliter
Rizinuskerne.....	714	308	99 Tonnen
Kapokkerne.....	2 715	1 007	— "
Sesamsaat.....	1 023	654	110 "

Die Kopraausfuhr von den Salomoninseln betrug in tons:

	1915/16	1916/17	1917/18
	5932	5927	6943

Der Kopramarkt hat in den Kriegsjahren einschneidende Veränderungen erfahren. Während vor dem Kriege $\frac{5}{6}$ der Weltproduktion, die auf 600 000 tons jährlich geschätzt wird, durch Fabriken in Deutschland, Frankreich und Holland verarbeitet wurden, führte England jährlich nicht mehr als 30 000 tons Kopra und Amerika noch weniger ein.

Während des Krieges wurde England gezwungen, mehr Kopra zu importieren als früher, aber seinen Bedarf an Ölsaaten und Ölnüssen hat es, mit Rücksicht auf die Transport-schwierigkeiten, zum großen Teil gedeckt durch den stark erhöhten Import von Palmkernen aus Afrika.

Die Vereinigten Staaten dagegen haben bedeutend größere Mengen Kopra und Kokosöl importiert als vor dem Kriege. Gegenüber 28 000 tons Kopra im Jahre 1914 steht nämlich für die 12 Monate, die am 30. Juni 1918 enden, eine Importziffer von 275 000 tons. In demselben Zeitraum stieg die Einfuhr von Kokosöl von 37 000 tons auf 125 000 tons. — Der Einfuhrwert von Kopra und Kokosöl zusammen wird 1914 auf ca. $2\frac{1}{2}$ Millionen £ und während des Jahres 1917/18 auf $12\frac{1}{2}$ Millionen £ geschätzt.

Jute

Über den englischen Jutemarkt berichtet uns Herr Carl Trapp, Hamburg: „Seit Eintritt des Waffenstillstandes verhielten sich Fabrikanten sowohl als Käufer abwartend. Es war während des Krieges stets angenommen worden, daß mit Einstellung der Feindseligkeiten sich ein plötzliches, starkes Fallen der Preise bemerkbar machen würde, doch ist dieses zum allseitigen Erstaunen nicht eingetroffen, und die in den letzten Monaten herrschenden Preise für Garne sowohl als für Gewebe, bestehen weiter fort. Jeder scheut sich vorläufig, Abschlüsse bis über das Ende des Jahres hinaus zu machen, da zu den jetzigen Preisen niemand Ware auf Lager nehmen mag, was aber geschehen müßte, solange der freie Handel nicht wieder vollständig eingeführt ist. Man ist daher bestrebt den Übergang von der Kriegs- zu der Friedenswirtschaft so schnell als möglich herzustellen. Da die Regierungsaufträge für Heereslieferungen in allernächster Zeit aufhören werden, sollen Exporterlaubnisse sobald als möglich in größerem Maßstabe erteilt werden; Fabrikationserlaubnisse (Permits) für den Export sind schon in weitestem Umfange, besonders für Argentinien, bewilligt worden, so daß die Ware fertig zur Hand sein wird, sobald die Verschiffung erfolgen kann. Nachfragen nach Jutewaren aller Art laufen von allen Teilen der Welt ein. Gegen alte, infolge Ausfuhrverbots oder aus anderen Gründen unerledigt gebliebene Kontrakte wird jetzt Lieferung verlangt, während die Fabrikanten die Lieferung

mit der Begründung, daß derartige Kontrakte unter die force majeure Klausel fallen, verweigern. Die jetzigen Höchstpreise übersteigen natürlich die damaligen Abschlußpreise sehr bedeutend. In gemeinsamer Sitzung der Fabrikanten und Kaufleute wurde der Beschluß gefaßt, den Interessenten zu empfehlen, sich gütlich zu einigen, und, falls eine Einigung nicht erzielt werden könne, sich an die Handelskammer zu wenden.

Es werden jetzt Verhandlungen gepflogen, den Spinnern nach Ende März zu gestatten, ihren Bedarf an Rohmaterial zu kaufen, wann es ihnen beliebt, sodaß die vierteljährlichen Zuteilungen in Fortfall kommen würden. Der Preis für Rohjute erste Marken ist £ 34.— fob, doch hält sich das Geschäft in engen Grenzen, da die Spinner für mehrere Monate versorgt sind und man mit einem Preisfall rechnen muß, weil die Fracht von £ 22.8.— per Ton auf £ 11.4.— herabgesetzt wurde und außerdem die Versicherungsprämien eine erhebliche Ermäßigung erfahren. Die Unsicherheit der Lage wird noch dadurch erhöht, daß die Regierung den Termin für den Beginn der niedrigen Frachten offen ließ.

Vom 1. August bis Mitte Dezember sind 694 565 Ballen Rohjute in Dundee angekommen, gegen 24 700 Ballen während derselben Zeit im Vorjahr.

Der Calcutta Markt ist zurzeit sehr flau; durch den vollständigen Mangel an Nachfrage notieren 9 porter Hessians jetzt Rs. 16.8. Die Arbeitszeit in den Calcutta Fabriken wurde daher auf 5 Tage herabgesetzt, und zwar zunächst bis 1. Januar 1919. Es ist jedoch beabsichtigt, die Arbeitszeit auf 4 Tage zu beschränken, falls die Verhältnisse sich nicht bessern.

Der Absatz von Calcutta Burlaps nach New-York stockt vollkommen, da sich das amerikanische Geschäft durch die niedrigen amerikanischen Höchstpreise auf die vorhandenen Vorräte beschränkt.“

Tee

Dem Jahresbericht 1917/18 des Londoner Teehauses Brooke Bond & Co. Ltd sind die folgenden Ausführungen über die Lage des Teemarktes entnommen.

Indiens Ernte übertraf 1917 mit 350 Mill. lbs die des Vorjahres von 345 Mill. lbs. Da der Vertrag mit dem englischen Ernährungsamt auf Ankauf von 66 % der Ernte auf eine Schätzung von 373 Mill. lbs für Nord- und Südindien zusammen genommen gegründet war, war der indische Markt durch Regierungslieferungen noch mehr als man erwartet hatte, in Anspruch genommen. Die Beschaffenheit der indischen Ernte war in keiner Weise bemerkenswert; in vielen Bezirken ist sie sogar unter dem Durchschnitt. Das liegt an der Preispolitik der englischen Regierung, die keinen Anreiz für die Hebung der Qualität bietet, da der Verkaufspreis für alle Sorten in England auf 2 s 8 d je lb festgesetzt ist.

Über Ceylons Ernte liegen keine verlässlichen Statistiken vor, aber man darf wohl annehmen, daß die Erzeugung gegen die vorhergehenden 12 Monate etwas zurückgegangen ist. Viele Pflanze haben mit Rücksicht auf den Frachtmangel die besten Qualitäten bevorzugt.

Chinas Ernte ist ebenfalls schwer zu schätzen, auch aus Java und Japan liegen keine genauen Angaben vor. Die Ernten sollen gut gewesen sein.

Über die Einfuhr Englands liegen ebenfalls keine Zahlen vor, aber man darf sagen, daß die Zufuhren sehr bedeutend waren. Ende Oktober betrugen die gesamten Vorräte, wovon der weitaus größte Teil indischen Ursprungs war, in England 113 226 000 lbs Tee gegen 32 131 000 Ende Oktober 1917. Am Schluß des indischen Teejahres (31. Mai) waren die Vorräte mit 103 636 000 lbs größer als jemals in der ganzen Geschichte des Teehandels. Das Mittel der vorhergehenden sechs Jahre beträgt nur 86 783 000 lbs.

Der Verbrauch für Heer und Flotte war ungeheuer. Nach Angabe des Unterstaatssekretärs für Krieg wurden im letzten Jahre 84 Mill. lbs für die Truppen gekauft. Darin sind nicht eingeschlossen die Käufe für die indische Armee, deren Verbrauch ebenfalls sehr groß ist.

Rußland, das nächst England immer der beste Abnehmer Indiens gewesen war, ist im letzten Jahr sehr gegen den Verbrauch, der in den drei ersten Kriegsjahren ziemlich unverändert war, abgefallen. Die Zufuhr war 1917 um 13 Mill. lbs. geringer als 1916 und die Nachfrage, die sonst ungefähr 50% der Angebote in Calcutta betragen hatte, ist so zurückgegangen, daß sie praktisch überhaupt nicht mehr bestand. Erst in den letzten Monaten scheinen sich die

russischen Händler auf dem Calcuttamarkt wieder etwas zu regen.

Australiens Nachfrage hat dagegen zugenommen. Bis Ende 1917 nahm es 4 Mill. lbs. mehr auf als im Vorjahr. Das ist auf das Einfuhrverbot für Java- und Chinattee zurückzuführen. Die Schwierigkeiten in der Beschaffung des Frachtraums in der Fahrt zwischen Indien und Australien zwangen jedoch die Regierung von ihrer Einfuhrpolitik abzuweichen, um die Vorräte nicht allzu sehr zusammenschmelzen zu lassen. Amerika verbrauchte 1917 23 Mill. lbs. Tee britischen Ursprungs mehr als 1916, trotzdem die Verschiffungsschwierigkeiten groß waren und von Java und Japan starkes Angebot vorlag. Der Versuch, die Vereinigten Staaten und Kanada zu bewegen, nur Tee britischen Ursprungs einzuführen, hatte keinen Erfolg. Von der Javaernte, die 1917 schätzungsweise 105 Mill. lbs. betrug, wurden 35,8 Mill. nach den Vereinigten Staaten und Kanada verschifft gegen 695 200 in 1916.

Vermischtes

Falkland-Inseln. Der Außenhandel zeigt nach den Angaben des „B. o. Tr. J.“ v. 31. 10. 1918 während der letzten fünf Jahre folgende Entwicklung (in 1000 £):

	1913	1914	1915	1916	1917
Ausfuhr	1 460	1 505	1 576	2 054	1 871
Einfuhr	239	233	368	591	1 257
Gesamthandel	1 699	1 738	1 944	2 645	3 128
Ausfuhrüberschuß ..	1 221	1 272	1 208	1 463	614

Während bis Ende 1916 die Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr gleichmäßig fortschritt, ist im Jahre 1917 infolge der hohen Preise der eingeführten Kohle und eines Rückganges der Ausfuhr eine Herabminderung des Ausfuhrüberschusses um mehr als die Hälfte eingetreten. Großbritannien (einschließlich Kolonien) ist am Gesamtaußenhandel mit über 80% beteiligt. Die Hauptausfuhrprodukte sind Wolle, Häute und Felle und Walfischprodukte. Über die Ergebnisse des Walfischfanges geben die folgenden Zahlen Aufschluß: Es wurden 7516 (11 861 in 1916) Walfische gefangen, welche 361 087 barrels Tran ergaben; der Wert dieser Produkte betrug 1,5 Mill. £ (1,7 Mill. £ in 1916). Der Robbenfang ergab 3018 Tiere im Werte von 26 435 £, aus welchen 5297 barrels Tran hergestellt wurden. *Gb.*

Der Außenhandel der Fiji-Inseln entwickelte sich nach den Angaben des „Bo. Tr. J.“ vom 31. 10. 1918 wie folgt (in 1000 £):

	1913	1914	1915	1916	1917
Ausfuhr	1 426	1 390	1 474	2 254	2 068
Einfuhr	904	927	880	879	1 011
Gesamthandel	2 330	2 317	2 354	1 375	1 057
Ausfuhrüberschuß ..	522	463	594	1 375	1 057

Die Hauptausfuhrartikel sind (Werte in 1000 £):

	Zucker	Kopra	unreife Früchte
1916	1 730	256	205
1917	1 485	359	170
	(97 335 t)	(15 368 t)	—

Während der Ausfuhrwert von Zucker und Früchten fiel, stieg der der Kopra. Eingeführt wurden vor allem in

	1916	1917		1916	1917
Tuch	134	145	Reis	19	18
Säcke	59	43	Galv. Eisenwaren ..	15	17
Kurzwaren	54	59	Fleisch	14	23
Öle	42	46	Fisch	14	18
Holz	26	40	Geistige Getränke ..	12	12
Dünger	12	22	Metallgeld	31	78

Infolge der durch den Krieg geschaffenen Bedingungen fiel der Handel mit dem Mutterlande und den Kolonien, während sich der Handel mit dem Ausland — vor allem mit Japan und Amerika — hob. *Gb.*

Aus unseren Kolonien. Der Außenhandel der beiden Häfen Victoria und Rio del Rey in Kamerun betrug 1917 dem Werte nach für die Einfuhr 108 000 £, für die Ausfuhr 123 000 £. („Afr. W.“ v. 16. 11.)

Nach Deutsch Südwest wurden über Kapstadt eingeführt 1913: für 141 000 £, 1916: für 944 000 £, 1917: für 1 093 000 £, davon 383 000 £ an südafrikanischen Produkten.

Der Außenhandel Deutsch Ostafrikas betrug laut „The British and S. African Export Gazette“ v. November 1918 in der Zeit vom 1. 4. 1916 — 31. 3. 1917 für die Zollstationen Dares Salam, Tanga, Bagamoyo, Pangani, Sadani, Muansa, Bukoba 1 672 Mill. £, davon entfielen 1 038 Mill. auf die Einfuhr. Hinzuzurechnen ist noch die besonders aufgeführte

Japans Verschiffungen hatten in den letzten Monaten des Jahres 1917 eine Zunahme von 10 % gegen 1916. Die Japaner sind eifrig bemüht, auf den Absatzgebieten für indischen Tee Fuß zu fassen. Für Propagandazwecke in den Ver. Staaten, Kanada, Rußland, China, der Mandschurei und Korea hat die Japanese Tea Manufacturers Ass. 68 142 Yen ausgesetzt (6 956 £), davon sollen 31 500 Yen zur Einrichtung von Teehäusern, Verteilung von Proben und für Zeitungsreklame in den Ver. Staaten Verwendung finden.

Einige chinesische Häuser haben ebenfalls in den Ver. Staaten bedeutende Anstrengungen gemacht. Der chinesische Teehandel hat unter den Kriegswirkungen noch mehr als der anderer Produktionsländer zu leiden gehabt.

Abgesehen von den Einwirkungen des Krieges auf Erzeugung und Verteilung verdient die Ausbreitung des Tee-genusses in den Heeren der Alliierten die größte Beachtung der beteiligten Pflanze- und Handelskreise.

Einfuhr für die Besatzungstruppen über die militärische Zollstation Voi im Betrage von 71 300 £. Vor dem Kriege belief sich der Außenhandel D. O. A's. auf etwa 2 Mill. £. Die Einfuhr stammt zu 50 % aus Sansibar, 33 % aus Britisch Ostafrika, 12½ % aus Indien. Zum Teil handelt es sich um Wiederansfuhr englischer Waren; doch besteht keine direkte Verbindung. Englische Handelsfirmen haben sich bis jetzt nicht in der besetzten Kolonie niedergelassen, angeblich weil keine geeigneten Gebäude zur Verfügung stehen. Die Einfuhr von Waren britischer Herkunft betrug 1917 dem Werte nach 20 000 £, im ersten Halbjahr 1918: 18 600 £. Folgende ausländische Banken haben im Schutzgebiet Filialen: Die National Bank of India in Dares Salam und Tanga, die Standard Bank of South Africa in denselben Orten und in Tabora, die National Bank of South Africa außerdem noch in Muansa. Die Banque de Congo Belgique hat eine Niederlassung in Dares Salam. — *ch* —

Wichtige Neueingänge

einzu sehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussée 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Schmollers Jahrbuch“. 42. Jahrgg., 3. u. 4. Heft, herausg. v. Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff, Duncker München und Leipzig, 1918. Aus dem Inhalt: Herrschaftliche und genossenschaftliche Elemente im österreichischen Ministerialsystem, von Leo Wittmayer; Die Devisenpolitik der Nationalbank von Belgien, von P. Witten; Die dänische Landwirtschaft unter dem Einfluß des Krieges, von Heinrich Hollmann; Drei Jahre Weltrevolution, von Johann Plengge; Stand und Wert der deutschen Finanzwissenschaft von Franz Meisel.

„Zollkompas“. Red. u. hrsg. vom K. K. Handelsministerium. Wien: Manz 1918. Bd. 16. Osmanisches Reich. T. 3. Der Zolltarif. Bd. 17. Japan. T. 3. Zoll- u. handelsrechtl. Bestimmungen. T. 3. Der Zolltarif. Anhg. d. korean. Zolltarif.

Institut Colonial de Marseille. „L'Arachide“. Paris: Dunod & Pinat, 1918. 48 S. (Bulletin de la Section des Matières Grasses. Nr. 4.)

Deutschland

„Entwicklung u. Ausbau d. deutsch. Finanzen. Denkschr. vorgelegt d. Finanzausschuß d. Zentralvorstandes d. Nationalliberalen Partei Deutschlands, von R. van der Borgh. Berlin: Schriftenvertriebsst. d. Nationalliberalen Partei, 1917. 60 S. Die mit Statistik reich ausgestattete Schrift gelangt zu einer Reihe von Steuer- und Reformvorschlägen, von denen die Errichtung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Finanzreform und die Einführung einer Reihe von Reichs-Monopolen hier erwähnt sein mögen. Wird auch dies oder jenes in der Schrift als durch den Lauf der Verhältnisse als überholt zu gelten haben, so bleibt doch der innere Wert der Arbeit auch für die Gegenwart und Zukunft dadurch ungeschmälert.

„Der Einfluss des Weltkrieges auf die Seefischerei der Niederlande und seine Folgen für Deutschland“. Auf Veranlassung d. Zentral-Einkaufsgesellschaft bearb. Von G. K. Anton, Jena: Fischer 1918. VIII, 76 S. (Weltwirtsch. Archiv. Erg.-H. 3.)

russischen Händler auf dem Calcuttamarkt wieder etwas zu regen.

Australiens Nachfrage hat dagegen zugenommen. Bis Ende 1917 nahm es 4 Mill. lbs. mehr auf als im Vorjahr. Das ist auf das Einfuhrverbot für Java- und Chinatée zurückzuführen. Die Schwierigkeiten in der Beschaffung des Frachtraums in der Fahrt zwischen Indien und Australien zwangen jedoch die Regierung von ihrer Einfuhrpolitik abzuweichen, um die Vorräte nicht allzu sehr zusammenschmelzen zu lassen. Amerika verbrauchte 1917 23 Mill. lbs. Tee britischen Ursprungs mehr als 1916, trotzdem die Verschiffungsschwierigkeiten groß waren und von Java und Japan starkes Angebot vorlag. Der Versuch, die Vereinigten Staaten und Kanada zu bewegen, nur Tee britischen Ursprungs einzuführen, hatte keinen Erfolg. Von der Javaernte, die 1917 schätzungsweise 105 Mill. lbs. betrug, wurden 35,8 Mill. nach den Vereinigten Staaten und Kanada verschifft gegen 695 200 in 1916.

Vermischtes

Falkland-Inseln. Der Außenhandel zeigt nach den Angaben des „B. o. Tr. J.“ v. 31. 10. 1918 während der letzten fünf Jahre folgende Entwicklung (in 1000 £):

	1913	1914	1915	1916	1917
Ausfuhr	1460	1505	1576	2054	1871
Einfuhr	239	233	368	591	1257
Gesamthandel	1699	1738	1944	2645	3128
Ausfuhrüberschuß ..	1221	1272	1208	1463	614

Während bis Ende 1916 die Entwicklung von Einfuhr und Ausfuhr gleichmäßig fortschritt, ist im Jahre 1917 infolge der hohen Preise der eingeführten Kohle und eines Rückganges der Ausfuhr eine Herabminderung des Ausfuhrüberschusses um mehr als die Hälfte eingetreten. Großbritannien (einschließlich Kolonien) ist am Gesamtußenhandel mit über 80% beteiligt. Die Hauptausfuhrprodukte sind Wolle, Häute und Felle und Walfischprodukte. Über die Ergebnisse des Walfischfanges geben die folgenden Zahlen Aufschluß: Es wurden 7516 (11 861 in 1916) Walfische gefangen, welche 361 087 barrels Tran ergaben; der Wert dieser Produkte betrug 1,5 Mill. £ (1,7 Mill. £ in 1916). Der Robbenfang ergab 3018 Tiere im Werte von 26 435 £, aus welchen 5297 barrels Tran hergestellt wurden. *Gb.*

Der Außenhandel der Fiji-Inseln entwickelte sich nach den Angaben des „Bo. Tr. J.“ vom 31. 10. 1918 wie folgt (in 1000 £):

	1913	1914	1915	1916	1917
Ausfuhr	1426	1390	1474	2254	2068
Einfuhr	904	927	880	879	1011
Gesamthandel	2330	2317	2354	1375	1057
Ausfuhrüberschuß ..	522	463	594	1375	1057

Die Hauptausfuhrartikel sind (Werte in 1000 £):

	Zucker	Kopra	unreife Früchte
1916	1730	256	205
1917	1485	359	170
	(97 335 t)	(15 368 t)	—

Während der Ausfuhrwert von Zucker und Früchten fiel, stieg der der Kopra. Eingeführt wurden vor allem in 1000 £:

	1916	1917		1916	1917
Tuch	134	145	Reis	19	18
Säcke	59	43	Galv. Eisenwaren ..	15	17
Kurzwaren	54	59	Fleisch	14	23
Öle	42	46	Fisch	14	18
Holz	26	40	Geistige Getränke ..	12	12
Dünger	12	22	Metallgeld	31	78

Infolge der durch den Krieg geschaffenen Bedingungen fiel der Handel mit dem Mutterlande und den Kolonien, während sich der Handel mit dem Ausland — vor allem mit Japan und Amerika — hob. *Gb.*

Aus unseren Kolonien. Der Außenhandel der beiden Häfen Victoria und Rio del Rey in Kamerun betrug 1917 dem Werte nach für die Einfuhr 108 000 £, für die Ausfuhr 123 000 £. („Afr. W.“ v. 16. 11.)

Nach Deutsch Südwest wurden über Kapstadt eingeführt 1913: für 141 000 £, 1916: für 944 000 £, 1917: für 1 093 000 £, davon 383 000 £ an südafrikanischen Produkten.

Der Außenhandel Deutsch Ostafrikas betrug laut „The British and S. African Export Gazette“ v. November 1918 in der Zeit vom 1. 4. 1916—31. 3. 1917 für die Zollstationen Dares Salam, Tanga, Bagamoyo, Pangani, Sadani, Muansa, Bukoba 1 672 Mill. £, davon entfielen 1 038 Mill. auf die Einfuhr. Hinzuzurechnen ist noch die besonders aufgeführte

Japans Verschiffungen hatten in den letzten Monaten des Jahres 1917 eine Zunahme von 10 % gegen 1916. Die Japaner sind eifrig bemüht, auf den Absatzgebieten für indischen Tee Fuß zu fassen. Für Propagandazwecke in den Ver. Staaten, Kanada, Rußland, China, der Mandschurei und Korea hat die Japanese Tea Manufacturers Ass. 68 142 Yen ausgesetzt (6 956 £), davon sollen 31 500 Yen zur Einrichtung von Teehäusern, Verteilung von Proben und für Zeitungsreklame in den Ver. Staaten Verwendung finden.

Einige chinesische Häuser haben ebenfalls in den Ver. Staaten bedeutende Anstrengungen gemacht. Der chinesische Teehandel hat unter den Kriegswirkungen noch mehr als der anderer Produktionsländer zu leiden gehabt.

Abgesehen von den Einwirkungen des Krieges auf Erzeugung und Verteilung verdient die Ausbreitung des Teegetranks in den Heeren der Alliierten die größte Beachtung der beteiligten Pflanze- und Handelskreise.

Einfuhr für die Besatzungstruppen über die militärische Zollstation Voi im Betrage von 71 300 £. Vor dem Kriege belief sich der Außenhandel D. O. A's. auf etwa 2 Mill. £. Die Einfuhr stammt zu 50 % aus Sansibar, 33 % aus Britisch Ostafrika, 12½ % aus Indien. Zum Teil handelt es sich um Wiederansfuhr englischer Waren; doch besteht keine direkte Verbindung. Englische Handelsfirmen haben sich bis jetzt nicht in der besetzten Kolonie niedergelassen, angeblich weil keine geeigneten Gebäude zur Verfügung stehen. Die Einfuhr von Waren britischer Herkunft betrug 1917 dem Werte nach 20 000 £, im ersten Halbjahr 1918: 18 600 £. Folgende ausländische Banken haben im Schutzgebiet Filialen: Die National Bank of India in Dares Salam und Tanga, die Standard Bank of South Africa in denselben Orten und in Tabora, die National Bank of South Africa außerdem noch in Muansa. Die Banque de Congo Belgique hat eine Niederlassung in Dares Salam. — *ch* —

Wichtige Neueingänge

einzu sehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Schmollers Jahrbuch“. 42. Jahrgg., 3. u. 4. Heft, herausg. v. Hermann Schumacher und Arthur Spiethoff, Duncker München und Leipzig, 1918. Aus dem Inhalt: Herrschaftliche und genossenschaftliche Elemente im österreichischen Ministerialsystem, von Leo Wittmayer; Die Devisenpolitik der Nationalbank von Belgien, von P. Witten; Die dänische Landwirtschaft unter dem Einfluß des Krieges, von Heinrich Hollmann; Drei Jahre Weltrevolution, von Johann Plengge; Stand und Wert der deutschen Finanzwissenschaft von Franz Meisel.

„Zollkompas“. Red. u. hrsg. vom K. K. Handelsministerium. Wien: Manz 1918. Bd. 16. Osmanisches Reich. T. 3. Der Zolltarif. Bd. 17. Japan. T. 3. Zoll- u. handelsrechtl. Bestimmungen. T. 3. Der Zolltarif. Anhg. d. korean. Zolltarif.

Institut Colonial de Marseille. „L'Arachide“. Paris: Dunod & Pinat, 1918. 48 S. (Bulletin de la Section des Matières Grasses. Nr. 4.)

Deutschland

„Entwicklung u. Ausbau d. deutsch. Finanzen. Denkschr. vorgelegt d. Finanzausschuß d. Zentralvorstandes d. Nationalliberalen Partei Deutschlands, von R. van der Borgh. Berlin: Schriftenvertriebsst. d. Nationalliberalen Partei, 1917. 60 S. Die mit Statistik reich ausgestattete Schrift gelangt zu einer Reihe von Steuer- und Reformvorschlägen, von denen die Errichtung eines Ausschusses zur Vorbereitung der Finanzreform und die Einführung einer Reihe von Reichs-Monopolen hier erwähnt sein mögen. Wird auch dies oder jenes in der Schrift als durch den Lauf der Verhältnisse als überholt zu gelten haben, so bleibt doch der innere Wert der Arbeit auch für die Gegenwart und Zukunft dadurch ungeschmälert.

„Der Einfluss des Weltkrieges auf die Seefischerei der Niederlande und seine Folgen für Deutschland“. Auf Veranlassung d. Zentral-Einkaufsgesellschaft bearb. Von G. K. Anton, Jena: Fischer 1918. VIII, 76 S. (Weltwirtsch. Archiv. Erg.-H. 3.)